

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis 3,00 M., monatlich 1,00 M.,
einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
blätter 10 Pf., Postgebühren 1,00 M.
pro Monat.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die hochgehaltene Annoncen-
zeile oder deren Raum 50 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Inserate
und Sammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
„Kleine Anzeigen“, das fertige Wort
20 Pf., (zählend 2 fertige gedruckte
Wörter), jedes weitere Wort 10 Pf.,
Stellenangebote und Stellenanzeigen
des ersten Wort 10 Pf., jedes
weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buch-
staben zählen für zwei Wörter. Anträge
für die nächste Nummer müssen bis
5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Mittwoch, den 8. November 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Fliegererfolge an der Westfront.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 7. No-
vember 1916. (W. L. B.):

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Trotz der deutlich erkennbaren Absicht der Engländer,
ihre Angriffe gestern fortzusetzen, gelang es ihnen doch nur
östlich von Caucourt l'Abbaye die Infanterie zum Ver-
lassen der Gräben zu bringen; sie wurde sofort zur Um-
kehr gezwungen. Die englischen Verluste an Toten vom
5. November stellen sich besonders bei den australischen
Divisionen als sehr bedeutend heraus. Auch die fran-
zösischen Angriffe über das mit Gefallen bedeckte Ge-
lände sind nur in beschränktem Umfang zur Wieder-
holung gekommen. Sie erfolgten zwischen Lesbois und
Rancourt abends und nachts und brachen meist schon in
unserem Feuer zusammen.

Ein deutsches Fliegergeschwader setzte durch nächtlichen
Bombenangriff das große Munitionslager von Gerisy (an
der Somme südwestlich von Bray) in Brand; die lang-
andauernden, mächtigen Detonationen waren bis nach
St. Quentin fühlbar.

Seeresgruppe Kronprinz.

Feuer französischer, im Südteil von Reims stehender
Batterien auf Ortshäusern hinter unserer Front wurde von
uns erwidert und zur Vergeltung die Stadt Reims be-
schossen.

Im Maasgebiet keine besonderen Ereignisse.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Die russische Artillerie entfaltete zwischen Dürenburg
und dem Karov-See eine über das gewöhnliche Maß
hinangehende Tätigkeit. Schwache feindliche Angriffe
nordöstlich von Goduzjischki und südlich der Moskauer
Straße wurden leicht abgewiesen. Nordöstlich von Werschj
nahmen wir ohne eigene Verluste einen kleinen russischen
Brückenkopf auf dem linken Stohod-Flser und brachten
eine Anzahl Gefangener ein.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Im Toelghes-Abschnitt gewannen die Russen nach mehr-
fachen vergeblichen Angriffen schließlich an einzelnen Stellen
Gelände.

Westlich der Bodza-Passstraße nahmen wir am Sirin
verlorene Linien im Sturm zurück. — Im Abschnitt von
Campulung heftiger Artilleriekampf. Westlich des Tar-
gulni-Tales unternahm die Rumänen im Laufe der
Nacht sechs vergebliche Gegenangriffe. — Südöstlich des
Roten-Turm-Passes schritt in der Gegend von Spini unser
Angriff günstig vorwärts; der Feind ließ 10 Offiziere,
1000 Mann gefangen in unserer Hand. Auch südlich des
Balkan-Passes machten wir Fortschritte.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Die Lage ist an beiden Fronten im allgemeinen un-
verändert.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 7. November 1916. (W. L. B.) Amtlich wird
verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Seeresfront des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Im Abschnitt des Vörs-Torony (Roten-Turm) Passes
wurde der Feind durch umfassenden Angriff von den Höhen
nördlich von Spini vertrieben, wobei er 10 Offiziere und
1000 Mann an Gefangenen zurückließ. Nordwestlich von
Campulung schlug eine unserer bewährten Gebirgsbrigaden sechs
rumänische Stürme ab. Südlich von Kraszna wurde dem Feind
eine Höhe entzogen. Bei Tälghes haben die Russen unsere Front
im Grenzgebiete in mehrtägigem, zähem Kampf um einige Ki-
lometer zurückgedrückt.

Der Berg Bedul östlich von Arlibaba wurde vor dem
Rassenseiter der russischen Artillerie wieder geräumt.

Seeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Bei den österreichisch-ungarischen Streitkräften keine be-
sonderen Ereignisse.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Im Wippach-Tale und auf dem Karf kam es gestern zu
keinen größeren Kämpfen. Die Lage ist unverändert. Die
Italiener verhielten sich ruhig. Ihr groß angelegter Angriff der
ersten Novembertage ist mißlungen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nicht Neues.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
v. Dörfel, Feldmarschalleutnant.

Nach der Vertagung.

Von Philipp Scheidemann.

Der Reichstag ist vertagt. Die politische Diskussion ist,
soweit sie nicht in der Presse stattfinden kann, in Vertag-
und Skontor, in Wohnhäuser und öffentliche Lokale verlegt.
Im Mittelpunkt aller Erörterungen steht der Krieg. Wo auch
nur zwei beisammen sind, da heißt es: Wie lange noch?
Jenseits der Grenzen ist's natürlich genau so. Der Bedarf
an Krieg und Kriegsgeld ist selbst bei den heldenhaftesten
der Heimkrieger reichlich gedeckt.

Es ist begreiflich, daß in der soeben abgelaufenen Sitzungs-
periode des Reichstags nur solche Fragen behandelt worden
sind, die unmittelbar mit dem Kriege zusammenhängen. Er-
nährungs- und Unterstützungsfragen, Zensur und Belagerungs-
zustand, Schutzhaft- und Militärfragen, Gefangenenbehandlung,
U-Boote, Kriegskredite und allgemeine Friedensfragen.

Das Ergebnis ist kümmerlich. Das Recht des Haupt-
ausschusses, auch während der Vertagung zusammen-
zutreten, und die Milderung der Schutzhaft sind be-
scheidene Errungenschaften. Die Erklärung der Regierung über
die Erhöhung der Familienunterstützungen
war ungenügend. Hoffentlich wird ihre Tat besser sein, sonst
steigt die Mißstimmung noch weiter. Daß alle die Beschwerden
über Beköstigung, Befolgung und Behandlung der
Soldaten überhaupt noch möglich sind, ist ebenso uner-
freulich — um ein ganz gelindes Wort zu gebrauchen — wie
die fortwährende Teuerung auf dem Lebensmittelmarkt. Die
Regierung meint, daß im Krieg ohne Zensur und Belagerungs-
zustand nicht auszukommen sei. Darin irrt sie. Ohne Zensur
und Zellenwärter geht's sehr wohl, wenn ein Volk weiß, daß
es um seine Existenz kämpft. Aber es geht nicht ohne
Kartoffeln, Fett und manches andere. Es ist die höchste Zeit,
daß die Reichsregierung aus den Verhandlungen der letzten
Tage die dringend notwendige Maßnahmen zieht. In sach-
kundigen Ratschlägen hat es nicht gefehlt.

Von alldeutschen Organen bin ich heftig angegriffen
worden, weil ich in Beantwortung der Rede des Reichskanzlers
gesagt habe, daß die Hauptgrundlage, auf der der kom-
mende Friede geschlossen werden müsse, diese sei:
Was französisch ist, soll französisch bleiben, was belgisch
ist, soll belgisch bleiben, und was deutsch ist, soll deutsch
bleiben. Was ich und mit mir Millionen andere für selbst-
verständlich halten, erregt bei manchen leidenschaftlichen Wiber-
spruch. Sie verschließen sich der Einsicht, daß der Krieg viel-
leicht noch jahrzehntelang fortgesetzt werden müßte, wenn
Deutschland belgisches und französisches Land behalten wollte
oder wenn gar umgekehrt die feindlichen Mächte unsere
Grenze bis an den Rhein zurückgeschoben wollten. Wiederholt
habe ich ausgesprochen, daß ich glaube aus den Reden des
Reichskanzlers schließen zu dürfen, daß er zu einem Frieden
auf der Grundlage bereit sei, die ich am 11. Oktober im
Reichstag skizziert habe. Daß der Reichskanzler mir nicht
widerprach, ist ihm auf jener Seite arg verdacht worden.
Aber der andern Seite wird er heftig angegriffen, weil seine
Friedensreden jener Klarheit ermangeln, die auch ich für
dringend notwendig halte.

Wenn nun der Reichskanzler von der äußersten Rechten
attaciert wird, weil er zu friedlich gesonnen ist, oder wenn
Herr Wassermann sich müht, ihn dennoch als stillen Zeithaber
alldeutscher Pläne erscheinen zu lassen, so finde ich das vom
Standpunkt dieser Herren aus begreiflich. Sinegen, wenn
man von sozialdemokratischer Seite Herrn v. Bethmann als
einen Amerikandolterich hinstellen wollte, der er, weiß Gott,
nicht ist; so wäre das zum mindesten eine taktische Unflugheit.
Dadurch würde im Auslande der Glaube gestärkt, daß Deutsch-
land den Krieg zu Eroberungszwecken immer weiter führen
wolle, und die Friedensbestrebungen jenseits der Fronten
würden dadurch im Keime erstickt werden.

Demgegenüber darf wohl nochmals auf die Rede des
Reichskanzlers vom 23. September hingewiesen werden, in der
er sagte:

„So geht der ungeheure Krieg weiter. Immer neue Völker
stürzen sich in das Blutbad. Zu welchem Ende? Die Kriegstote,
die unsere Gegner immer unerbittlicher verblenden, dulden keine
Wißbegierde: Eroberungslust und Vernichtungswille! (Zustimmung.)
Konstantinopel den Russen, Elsch-Lothringen den Franzosen, das
Trentino und Triest den Italienern und jetzt Siebenbürgen den
Rumänen. Für uns war vom ersten Tage an der Krieg
nichts anderes als Verteidigung unseres Rechtes auf
Leben, Freiheit und Entwicklung. (Beifall.) Darum konnten
wir als die ersten und die einzigen unsere Friedens-
bereitschaft erklären. Ich habe darüber am 9. Dezember v. J.
und später wiederholt deutlich gesprochen. Aquith und Lorb
Robert Cecil schafften meine Worte nicht mit der Behauptung aus
der Welt, wir hätten gar keine oder unerträgliche und erniedrigende
Friedensbedingungen kundgegeben. . . Die Eroberungslust ist es,
die die Schuld trägt, daß die Verge der Toten sich täglich häufen.
(Lebhafte Zustimmung.)“

Große Fliegererfolge an der Westfront.

Amtlich. Berlin, 7. November. (W. L. B.) Großer
Erfolg unserer Bombengeschwader an der Somme. Wieder ein
großes Munitionslager vernichtet.

Zu der Nacht vom 6. zum 7. November griff ein deutsches
Flugzeuggeschwader französische Truppenlager in der Mulde
dicht westlich des Bois Gressaire und im Bois Celestins (nörd-
lich Gerisy an der Somme) mit Bomben an. Gute Wirkung
in den Zelten und Baracken, in denen Brände ausbrachen,
wurde erkannt.

Ein anderes deutsches Bombengeschwader belegte in der-
selben Nacht den großen Munitionsbahnhof von Cery, auf
dem lange Güterzüge hielten, mit Bomben. Durch zahlreiche
Treffer wurde dieser Bahnhof, der den Mittelpunkt für den
Munitionsnachschub der Franzosen an der Somme bildet, und
die umliegenden Munitionslagerräume in Brand gesetzt, aus
denen alsbald helle Flammen emporloderten. Der Brand
griff auf das ganze, große Munitionslager über, das in un-
unterbrochenen Explosionen in die Luft flog. Brandstätte und
Scheintwerferstellungen wurden von unseren tapferen Fliegern
mit Reichweitengewehren beschossen. Eine riesige Rauchwolke
bildete sich über der Brandstätte und machte sich noch in
2800 Meter Höhe bemerkbar. Die Explosionen der Geschosse
wurden noch in St. Quentin an heftigen Erschütterungen
gefühlt, der gewaltige, immer neu auflodernde Feuerchein
konnte unermindert bis zum Tagesanbruch beobachtet werden.

Durch andere deutsche Flugzeuggeschwader wurden in
derselben Nacht an zwanzig mit Russen belegte Ortshäuser
und Lager hinter der feindlichen Front mit Bomben an-
gegriffen. Auch hier wurde gute Wirkung durch zahlreiche

Brände festgestellt. Ebenso wurden die Bahnanlagen bei
Propart, Amiens und Longueau durch Bombentreffer be-
schädigt, auf der Strecke Amiens—Pont de Reu vernichtete
ein Volltreffer einer 50-Kilogramm-Bombe einen fahrenden Zug.

Neue Entente-Konferenzen.

Rotterdam, 6. November. (W. L. B.) „Maasbode“ ver-
öffentlicht ein Telegramm der „Central News“ aus London,
wonach man vor einigen Tagen mit Verhandlungen
zwischen Paris, London, Petersburg und Rom
begonnen habe, um eine große Zusammen-
kunft der Generalstäbe der Alliierten in
Paris zu veranstalten. Es bestehe Aussicht auf Verwirk-
lichung des Planes. Die Versammlung werde der größte
Kriegsrat sein, den die Alliierten bisher abgehalten haben.

Bern, 6. November. „Secolo“ berichtet aus Paris, daß
der Zusammentritt einer politischen Entente-
Konferenz infolge der Bemühungen der französischen Re-
gierung gesichert erscheine, doch sei noch unbestimmt, ob diese
Konferenz gleichzeitig mit der militärischen Konferenz tagen
werde.

Die Verluste der schwedischen Handelsflotte.

Stockholm, 7. November. (W. L. B.) Nach Mitteilungen der
staatl. Versicherungskommission hat die schwedische
Handelsflotte seit August 1914 im ganzen einundzwanzig
Schiffe durch den Krieg verloren. Von den Verlusten
samen im ganzen 222 Mann um.

Ausgabe der neuen englischen Kriegsanleihe

London, 7. November. (W. L. B.) Nach der „Times“ wird die
Ausgabe der neuen britischen Kriegsanleihe für Januar oder Februar
erwartet. Die Zeitung befürwortet die Ausgabe in 4 1/2 prozentigen
steuerfreien und 5 1/2 prozentigen steuerpflichtigen Serien zum Kurse
von 99 Prozent.

Wenn wir im Interesse des Friedens verzerrten Darstellungen der deutschen Kriegspolitik entgegenstehen, so müssen wir auf der anderen Seite — wieder im Interesse des Friedens — der Regierung den Druck der öffentlichen Meinung, die eine vollkommen eindeutige und folgerichtige Friedenspolitik von ihr fordert, fühlbar machen.

Von diesem Standpunkt aus hätten die Sozialdemokraten dringend gewünscht, daß in der Polenfrage anders verfahren werden wäre. Hätte die deutsche Reichsregierung zum Beginn des Krieges erklärt, daß ihr erstes und hauptsächlichstes Ziel die unverfälschte Erhaltung des Deutschen Reiches sei, daß sie aber auch darüber hinaus ein freies Polen als Ergebnis der künftigen Friedensverhandlungen anstrebe, so hätte diese Erklärung wohl in den breitesten Massen des Volkes Anklang gefunden. Jetzt, nach 2 1/2 Jahren des Krieges, in Polen ein Mittelglied von Freiheit (mit Erbmonarchie) und „Anlehnung“ zu schaffen, gilt vielen als ein zweifelhaftes Experiment.

Man darf wohl annehmen, daß die endgültige Entscheidung über die Gestaltung des neuen Polen erst bei den künftigen Friedensverhandlungen fallen wird, und darf zugleich erwarten, daß bestimmte, schon ausgesprochene Wünsche hinsichtlich dieser Gestaltung kein unübersteigbares Hindernis für den baldigen Eintritt des Friedens abgeben werden.

Diese Auffassung wird an bestimmter Stelle gewiß Widerspruch erfahren. Die Gegensätzlichkeit zwischen konservativer und sozialdemokratischer Politik bleibt eben auch im Kriege unüberwindbar. Zwei geschlossene Systeme stehen hier einander entgegen, man kann sich nur für das eine oder das andere entscheiden. Zwischen beiden hin und herpendeln ist gefährlich.

Zur Verwerfung der Revision Liebknechts.

Wir haben in Nr. 305 einen Bericht über die Verhandlung des Reichsmilitärgerichts in Sachen der Revision des Genossen Dr. Karl Liebknecht gebracht. Ueber die Gründe, die den ersten Senat des Reichsmilitärgerichts veranlaßt haben, die Revision zu betreiben, geben wir nach einem ausführlichen Bericht in Anbetracht der großen Bedeutung dieses Prozesses noch das Folgende wieder:

Zunächst war zu prüfen, ob der Angeklagte dem aktiven Heere angehört. Diese Frage war zu bejahen. Was den Umfang der Revision anbelangt, so hat der Angeklagte bei Einlegung der Revision gleichzeitig eine Rechtfertigung dahin gegeben, daß er Verletzung des materiellen Rechts rüge. Hierbei hat er den Vorbehalt einer eingehenderen Begründung gemacht. Eine solche ist nicht eingegangen. Es war zu prüfen, ob die Voraussetzungen des § 404 der Militärstrafgerichtsordnung vorliegen, nach dem, wenn der Reurteilte innerhalb einer Woche einen Revisionsantrag nicht eingereicht hat, der Vorurteil über seinen Antrag und dessen Begründung zu Protokoll zu vernehmen ist. Dieser Fall lag nicht vor, da der Angeklagte eine Rechtfertigung gegeben hatte.

In der Sache selbst hat der Senat insoweit auf die materielle Rüge hin lediglich nachzuprüfen, ob der Tatbestand in rechtlicher oder militärisch-rechtlicher Hinsicht richtig gewürdigt ist. Hierbei ist der Senat nach dem Befehl an die tatsächlichen Feststellungen des Oberkriegsgerichts gebunden, es sei denn, daß das Gericht von einem falschen rechtlichen Gesichtspunkt ausgegangen wäre. Davon ist aber im vorliegenden Falle keine Rede.

Was zunächst den versuchten Kriegsverrat anbelangt, so sind die Voraussetzungen desselben in rechtlicher Beziehung einwandfrei festgestellt. Ein Kriegsverrat ist nichts anderes als ein im Felde begangener Landesverrat. Die objektiven und subjektiven Voraussetzungen des § 89 des Strafgesetzbuches liegen vor. Der § 89 bedroht mit der Strafe des Landesverrats den, „der während eines Krieges ein Verbrechen gegen das Deutsche Reich ausgedehnten Krieges einer feindlichen Macht Vorstoß leistet oder der Kriegsmacht des Deutschen Reiches oder der Bundesgenossen desselben Nachteile zufügt.“ Wenn das Oberkriegsgericht aus dem Verhalten des Angeklagten — der Verteilung der Flugblätter, der Demonstration auf dem Potsdamer Platz und dem vom Angeklagten ausgeführten Auf — den Tatbestand eines versuchten Landesverrats für vorliegend erachtet hat, so ist das rechtlich nicht zu beanstanden. Unter der feindlichen Macht im Sinne des § 89 ist nicht nur die Kriegsmacht, sondern sind die gesamten dem Feinde zu Gebote stehenden Machtmittel zu verstehen. Daß eine tatsächliche Schädigung durch die Handlung des Täters eingetreten ist, ist keine Voraussetzung des Versuchs eines Landesverrats. Bei der subjektiven Prüfung des Tatbestandes ist das Oberkriegsgericht von der sogenannten „Vorstellungstheorie“ ausgegangen. Ob diese oder die vom Reichsgericht für richtig gehaltene „Willensstheorie“ zutrifft, kann dahingestellt bleiben. Denn Vorfall würde nach beiden Theorien vorgelegen haben. Der Vorfall besteht in dem Bemühen und Willen, daß die gesetzlichen Merkmale der für strafbar erachteten Handlung vorliegen. Nicht erforderlich ist, daß der Täter die Absicht hat, daß dieser Erfolg eintreten soll. Das Gesetz begnügt sich mit dem Vorfall. Welcher Zweck, welche Beweggründe den Täter leiten, ist eine Frage tatsächlicher Natur. Sie ist für die rechtliche Beurteilung gleichgültig.

Der Ungehorsam im Dienst ist ebenfalls rechtlich bedenkenfrei festgestellt. Nach dem Urteil hat der Angeklagte einen Befehl verlegt, der ihm jede Teilnahme an öffentlichen oder geschlossenen Versammlungen sowie jede politische Aktion im Inland und im Ausland, abgesehen von den Sitzungen im Landtag und Reichstag und den während der Tagung stattfindenden Kommissionsverhandlungen, verbietet. Der Befehl findet seine Stütze in dem Erlaß des Kriegsministeriums vom Jahre 1894, in welchem mit allerhöchster Genehmigung die Generalkommandos ermächtigt sind, jede erkennbar gemachte Betätigung revolutionärer oder sozialdemokratischer Gesinnung zu verbieten. Rechtliche Bedenken gegen die Feststellung, daß erworbener Ungehorsam im Sinne der §§ 92 und 93 der Militärstrafgerichtsordnung vorliegt, bestehen nicht. Ebensovienig gegen die Feststellung, daß der Angeklagte der Staatsgewalt Widerstand geleistet habe.

Auch die Feststellung der Haupt- und Nebenstrafen ist gesetzlich nicht zu beanstanden. Was

insbesondere die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf sechs Jahre anlangt, so bestimmt § 82 des Strafgesetzbuchs, daß neben Zuchthausstrafe auf den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden kann. Ob von dieser Befugnis Gebrauch zu machen sei und auf welche Dauer die Aberkennung erfolgen soll, ist tatsächlicher Natur und unterliegt daher nicht der Nachprüfung der Revisionsinstanz. Aus diesen Gründen hat das Gericht die Revision des Angeklagten verworfen und ihm die Kosten des Verfahrens auferlegt.

Mit der Zustellung dieses Urteils an den Angeklagten wird es rechtskräftig.

In bürgerlichen Zeitungen war berichtet worden, daß auch der Gerichtsherr Revision eingelegt hatte. Das scheint nicht zu stimmen oder die Revision des Gerichtsherrn ist zurückgezogen worden, denn vor dem Reichsmilitärgericht wurde lediglich über die Revision Liebknechts verhandelt.

Liebknecht war nicht erschienen, ebensowenig sein Verteidiger.

Die griechischen Wirren.

Rekrutierungen der provisorischen Regierung.

Bern, 6. November. (W. Z. V.) Nach einer Meldung des „Secolo“ aus Kairo sind dort 200 griechische Freiwillige nach Alexandria abgefahren, wo eine Abteilung Freiwilliger für Saloniki zusammengezogen wird.

Bern, 6. November. (W. Z. V.) Nach einer Meldung von „Secolo“ aus Saloniki hat die provisorische Regierung griechische Beamte nach Koriza und Sadaibanien entsandt. Der ehemalige Präfekt von Saloniki Argiropoulos und der ehemalige Präfekt von Koriza Adamides sollen die Rekrutierung der Freiwilligen in diesen Bezirken vornehmen.

General Roques in Saloniki.

Paris, 6. November. (W. Z. V.) Meldung des Neuterischen Bureau. General Roques ist in Saloniki eingetroffen.

Die Pläne des französischen Kriegsministers.

Luzern, 7. November. (Z. N.) Wie die italienischen Blätter melden, hofft der französische Kriegsminister, General Roques, mit seiner Reise nach Saloniki ein umfassendes Programm zu erledigen. General Roques will zunächst die vom Viererband so schwerlich vermittelte Generaloffensive organisieren und die in dieser und anderer Hinsicht zwischen den hohen Kommandostellen herrschenden „Gegensätze“ innerhalb des Ententebereichs ausgleichen. Weiterhin beabsichtigt der französische Kriegsminister zwischen Royalisten und Venizolisten zu vermitteln.

Uebertritt der leichten griechischen Flotte zur Entente!

Athen, 6. November. (W. Z. V.) Meldung des Neuterischen Bureau. Es wird berichtet, daß gestern Abend die griechische leichte Flotte in Keratsini die französische Flagge hisste.

Ein Kronrat in Athen.

London, 7. Nov. (Z. N.) Eine Drahtung des „Daily Telegraph“ meldet, daß am Sonnabendmorgen im Palast des Königs in Athen ein Kronrat zusammenberufen wurde, an welchem Jannis, Dragumis, Kallias, Stalidis, Gumaris, Chalgoropoulos, Demitropoulos, der Ministerpräsident und der Minister des Auswärtigen teilnahmen. Den Vorsitz führte der König. Während des Kronrates ließ sich der englische Gesandte Elliot beim König anmelden. Er mußte zehn Minuten warten, ehe er vorgelassen wurde. Als Grund für die Abhaltung des Kronrates wird angegeben, daß es notwendig gewesen sei, alle Führer der antimonarchischen Parteien mit der Lage und den Beschlüssen des Kabinetts Lambros bekannt zu machen. Nach dem Kronrat erklärte der Ministerpräsident den Pressevertretern, daß die Regierung morgen die Forderung Journets, die leichten griechischen Kriegsschiffe zur Verteilung gegen deutsche Unterseeboote zu verwenden, eingehend beantworten werde. Man vermehrt, daß die Forderung abschlägig beschieden werden und wahrscheinlich auch ein Protest erfolgen wird. Wie der Korrespondent des „Daily Telegraph“ weiter berichtet, soll die griechische Regierung versucht haben, aus der Forderung Journets für sich Kapital zu schlagen, indem sie zwar öffentlich von einem Uebergehen der Schiffe in den Besitz des Viererbandes nichts wissen wollte, während sie sich jedoch mit der vollendeten Tatsache zufrieden gebe und dann eine Begleichung oder eine Anleihe für die Ausbesserung der Schiffe bei dem Viererband verlangen werde. Die Bundesgenossen werden unter den gegebenen Umständen eine Anleihe kaum ablehnen können, da, wenn die Viererbandsmächte der griechischen Regierung kein Geld vorschließen, ein finanzieller Zusammenbruch droht.

Der Athener Korrespondent der „Daily News“ glaubt, daß Journet die leichten Kriegsschiffe der griechischen Flotte trotz des Einspruchs der Regierung übernehmen werde. (Ann. d. Red. Dies ist inzwischen geschehen. Am Sonntag wurde die französische Flagge auf der leichten griechischen Flottille in Terracini gehißt.)

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 6. November. (W. Z. V.) Bericht des Generalstabes vom 6. November.

Mazedonische Front. Südlich des Malikofes vertreiben unsere Abteilungen feindliche Kavallerie. Auf der Front vom Brejpa-See bis zum Megärischen Meere stellenweise Befehde zwischen Aufklärungsabteilungen. An der Küste des Megärischen Meeres Ruhe.

Rumänische Front. Längs der Küste des Schwarzen Meeres Ruhe. In der Dobrudscha unbedeutende Gefechte zwischen Aufklärungsabteilungen. An der Donau unbedeutendes Artillerie- und Geschützfeuer.

Die Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 6. November. (W. Z. V.) Bericht des Generalstabes vom 6. November.

An der Kaukasusfront fanden für uns günstige Scharmügel statt.

Die feindlichen Heeresberichte.

Der französische Tagesbericht.

Vom 6. November nachmittags. (W. Z. V.) Nördlich von der Somme haben die Franzosen einige Fortschritte zwischen Vesbaucourt und Sailly-Saillies erzielt. Am späten Abend und im Laufe der Nacht machten die Deutschen heftige Gegenangriffe auf die von den Franzosen eroberten Stellungen von Sailly-Saillies bis zum St. Pierre-Baastwald; alle ihre Angriffe auf die Gräben des nördlichen Vorbruges und des westlichen Landes brachen im Feuer der Maschinengewehre und der Artillerie zusammen, das den Stämmenden schwere Verluste beibrachte. Südwestlich von dem Walde und in Sailly-Saillies gewannen die Deutschen ein wenig an Boden. Auf dem rechten Maasufer lebhaftes Geschützfeuer der Gegend von Damour. Kein Infanteriegefecht. Ueberall sonst war die Nacht ruhig.

Vom 6. November abends. Nördlich der Somme setzten wir unser Vorrücken im Laufe des Tages im nördlichen Teil

des St. Pierre-Baastwaldes fort. Die Zahl der von uns in diesem Abschnitt seit gestern gemachten Gefangenen übersteigt 600. Es bestätigt sich, daß der Feind im Laufe der heftigen Gegenangriffe, die er in der letzten Nacht gegen unsere Stellungen im St. Pierre-Baastwald unternommen hat, sehr schwere Verluste erlitten. Von der Verdankfont ist nichts zu melden außer dem Artilleriekampf, der in der Gegend von Demaumont, Saucy und Damour fortandert. In den Vogesen schloß ein Handstreich gegen einen unserer kleinen Posten im Festale. Auf dem übrigen Teil der Front war der Tag ruhig.

Orientarmee. Von der gesamten Front meldete man vom 5. November nur Artilleriekämpfe mit Unterbrechungen und Patrouillentreffen. Englische Flugzeuge warfen mehrere Bomben auf Verdun.

Belgischer Bericht vom 6. November. Die Artillerie war auf der ganzen Front der belgischen Armee sehr tätig, sowohl südlich von Neuport als in Tignouliden und bei Voeringhe, wo sich ein Granatenschiff abspielte.

Die englische Meldung.

Vom 6. November nachmittags. (W. Z. V.) Während der Nacht wurden wir durch einen starken feindlichen Gegenangriff gezwungen, einen Teil des Geländes aufzugeben, das wir in der Gegend der Butte de Varencourt gewonnen hatten. Ostlich von Vesbaucourt sicherten wir unseren gestrigen Gewinn. Wir machten drei erfolgreiche Heberfälle auf Schützengräben im Gebiet von Armentières und von Ypern.

Vom 6. November abends. Unsere Front zwischen Amre und Somme wurde heute heftig beschossen, besonders in der Nachbarschaft von Vesbaucourt und de Sars. Auf unserer rechten Seite war die Befestigung des gestern besetzten Geländes fort. Unsere Artillerie und Schützengräbenbesatzer beschossen erfolgreich feindliche Gräben südlich von Armentières.

Der russische Kriegsbericht.

Vom 6. November. (W. Z. V.) Westfront: In der Gegend südlich des Dorfes Dvina Dolna und westlich des Dorfes Slesnina unternahm der Feind wiederholte Versuche, um sich der von uns besetzten baherischen Höhen zu bemächtigen. Alle Versuche des Feindes wurden durch unser heftiges Geschütz- und Geschützfeuer zurückgewiesen. Der Kampf dauert fort. In den Waldparthen griff der Feind dreimal in der Gegend der Höhe 5781 (?), zehn Werst südlich des Stovi-Berges (?), an, aber seine wiederholten Angriffe hatten keinerlei Erfolg; er wurde jedesmal durch unser Feuer zurückgeschlagen. In der Gegend von Mirskoba griff der Feind das Lager eines unserer jungen, aber tapferen Regimenter, dreieinhalb Werst östlich von dieser Ortschaft, an, er wurde abgewiesen. Der Angriff wurde noch zweimal wiederholt. Im Laufe des letzten Angriffs drang der Feind in unsere Schützengräben und erbeutete eines unserer Maschinengewehre. Durch unseren Gegenangriff wurde der Feind aus den Schützengräben hinausgeworfen. Wir nahmen ihm das erbeutete Maschinengewehr wieder ab. In der Gegend südlich des Berges Lammstel erklärten unsere Truppen eine Reihe von Höhen, nahmen 8 Offiziere 836 Soldaten gefangen und erbeuteten sechs Maschinengewehre, 6 Kisten Munition und 18 Kisten mit Patronenbändern für Maschinengewehre.

Kaukasusfront: Die wiederholten Versuche der Türken, unsere Abteilungen südwestlich von Annot anzugreifen, wurden durch unser Feuer abgewiesen.

Rumänische Front (Siebenbürgen): In der Gegend von Brodeal wurden die Rumänen noch hartnäckiger fortgeschritten Kampf gezwungen, sich etwas gegen Süden zurückzuziehen. In der Gegend Brejst, im Tale des Flusses Targu, wurden alle Versuche des Feindes zurückgeschlagen. Im An-Tale drängten die Rumänen den Feind weiter gegen Norden zurück. — Donaufront: Für uns günstige Scharmügel von Reiterei und vorgehenden Infanterieabteilungen.

Meldung der italienischen Oberleitung.

Vom 6. November. (W. Z. V.) Im Tale des Concel (Vehrotale) griffen feindliche Abteilungen eine unserer vorgehenden Stellungen an. Wir schlugen sie zurück und fügten ihnen Verluste zu. Im An-Tale und auf der Höhe von Schleggen Tätigkeit der feindlichen Artillerie, der die unsige antwortete. Auf dem Karst griffen in der Nacht zum 5. November feindliche Truppen unsere Stellungen in Richtung von Decate an. Sie wurden im Verein mit Artillerie zurückgeworfen. Am gestrigen Tage Artilleriekämpfe. Unsere Artillerie beschloß militärische Anlagen in Colanoverza. Unsere Infanterie bereitete beim Vorgehen in einzelnen Abteilungen unsere Front und machte an 50 Gefangene. Man meldet außerdem zwei starke Verkehre auf der Eisenbahn von Triest nach Opicina. Am 4. November abends bewarfen feindliche Flieger Monakone mit Bomben, ohne Menschenopfer zu fordern oder Sachschaden anzurichten. Ein durch das Feuer unserer Artillerie getroffenes Flugzeug wurde in Flammen gefüllt herabgeschossen.

Rumänischer Bericht.

Vom 6. November. (W. Z. V.) An der Westfront der Nord- und Nordwestfront: In der Gegend von Brodeal Kämpfe im Gange. Im Prashobatale schlugen wir feindliche Angriffe gegen das Zentrum und unseren rechten Flügel ab. Der Kampf ist noch im Gange. Im Nordtale des Ceranul in der Gegend von Dragoslabla Artilleriebeschichtung. Auf dem linken Ufer des Als dauert der heftige Kampf in der Gegend von Rakovya an. In der Gegend des Au erhielt der Feind Verstärkungen. Wir unterbrachen unsere Verfolgung. Bei Orsova ist die Lage unverändert.

Südfront: Artilleriebeschichtung längs der Donau. In der Dobrudscha zogen unsere vorgehenden Abteilungen den Feind, sich zurückzuziehen. Er legte Feuer an die Dörfer Daeni, Garstein, Rodman und Halbor.

Kämpfe in Deutsch-Ostafrika.

London, 6. November. (W. Z. V.) Der „Times“ wird aus Kiffabon gemeldet: Der Kolonialminister empfing ein Telegramm des Inhabers, daß eine Abteilung portugiesischer Kavallerie Rufindi, 18 Meilen nordwestlich von Kiffabon, erreicht hat. Sie ließ auf den Feind und griff ihn an. Der Feind räumte seine Stellung, nachdem er das Dorf in Brand gesteckt hatte.

Vom U-Boot-Krieg.

Amsterdam, 6. November. (W. Z. V.) Nach einem heftigen Kampf meldet „Times“ aus Athen, daß Admiral Fournet kündigt gemacht hat, die beiden Dampfer „Angeliki“ und „Aili Jssias“ seien von einem Unterseeboot torpediert worden.

London, 6. November. (W. Z. V.) Die Admiralität teilt mit, daß ein britisches Unterseeboot, das in der Nordsee operierte, gestern in der Nähe der dänischen Küste Torpedos auf ein deutsches Schachtschiff der Dreabnoughtklasse abfeuerte. Das Schiff wurde getroffen, aber die Größe des angerichteten Schadens ist unbekannt.

London, 4. November. (W. Z. V.) Lloyd's meldet, daß der Dampfer „Kellie Bruce“ (192 T. Reg.-Z.) aus Grimsby versenkt wurde. Die Besatzung wurde gerettet.

London, 7. November. (W. Z. V.) „Daily Mail“ meldet aus New York: Der Dampfer „Lanao“, der von einem deutschen U-Boot versenkt wurde, war kein amerikanisches Schiff. Er war am 24. Juli an eine norwegische Firma verkauft worden.

Kleine Kriegsnachrichten.

London, 7. November. (W. Z. V.) Nach „Times“ wird die Ausgabe der neuen britischen Kriegsanleihe für Januar oder früher erwartet. Die Zeitung bewirbt die Ausgabe in 4 Prozentigen (Staatsanleihe) und 5 Prozentigen (Staatsanleihe) Serien zum Kurse von 98 Prozent.

*) Nach der Vorstellungstheorie besteht der Vorfall in der Willensbetätigung begleitenden Vorstellung ihres Erfolges. Die Willensstheorie verlangt, daß das Wissen und Wollen der sämtlichen Deliktmerkmale vorliegen.

**) Der Vorfall liegt danach in der Voraussicht des durch die Willensbetätigung bewirkten und nicht gehinderten rechtswidrigen Erfolges.

Das neue Polen.

Polnische Führer beim Reichskanzler.

Berlin, 7. November. (W. Z. V.) Am 28. Oktober empfing der Reichskanzler im Kongresssaale des Reichskanzlerpalais die Herren Stadtverordneten-Vorsteher und Rektor der Universität Warschau Brudzinski, ehemals Dumaabgeordneter Czeglensz, Dembinski, zweiten Bürgermeister von Warschau Chmielewski, Vizepräsident der Landschaft Dzierzbiel, Professor Samuel Dickstein, den Vorstand des Haupthilfsausschusses Graf Konikier und den Milizvorsitzer Prinzen Radziwill.

Die Herren wurden dem Reichskanzler vorgestellt, welcher darauf folgende Worte an sie richtete:

„Meine Herren! Ihrem Wunsche von mir empfangen zu werden, habe ich gern stattgegeben. Ich freue mich, Sie in diesem historischen Saale, der vor 40 Jahren der Schaulag großer Ereignisse gewesen ist, begrüßen zu können und darf Ihnen anheimgeben, den Gedanken Ausdruck zu verleihen, die Sie hierher gebracht haben.“

Hierauf ergriß Professor Brudzinski zu folgender Ansprache das Wort:

„Aufsfordere zur Darlegung der Wünsche der Polen haben wir die hohe Ehre, vor Eurer Excellenz zu erscheinen. Wir sind zwar nicht eine bevollmächtigte Vertretung des polnischen Volkes, denn eine solche zu bilden ist in der gegenwärtigen Kriegszeit eine Unmöglichkeit; wir glauben jedoch berechtigt zu sein, namens der polnischen Nation ihren unerlöschlichen Bestrebungen nach der Wiederaufrichtung eines polnischen Staates Ausdruck zu geben. Wir sind tief überzeugt, daß nur die Schaffung eines starken, allseitig entwickelten Staates, die Gleichberechtigung aller seiner Bürger gewährender polnischen Staatsteile Europa feste Grundlagen eines dauernden Friedens sichern kann, und daß in Polen demselben Namen, die dieses Werk vollbracht haben werden, ein treuer Bundesgenosse entstehen wird.“

Siegreiche Schlachten haben das Schicksal Polens in die Hand der Zentralmächte gelegt. Polen gehört zum Westen; seine Wiederaufrichtung, wogegen wir zu behaupten, wird mit den eigenen Interessen der Zentralmächte im Einklang stehen, sie wird ein von der Geschichte geforderter Akt der Gerechtigkeit sein. Der noch immer dauernde Krieg erlaubt es vielleicht nicht, heute schon einen Staat mit bestimmten Grenzen, insbesondere nach dem Osten zu bilden, doch erscheinen die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse gebieterisch die Erlangung eines Staatsaktes, durch welchen die Staatsoberhäupter der Zentralmächte ein selbständiges Polen proklamieren und garantieren.

Sobald sollte, soweit die Kriegsergebnisse dies irgendwie gestatten, auch Schaffung fester und dauernder Grundlagen des polnischen Staatswesens, sofort an die Realisierung dieses Aktes geschritten werden.

Nach weiterer Ueberzeugung ist dies durch folgende Maßnahmen zu erreichen:

1. Die Ernennung eines Regenten zur Ausübung der vollen Regierungsgewalt auf dem Gebiete des polnischen Staates.

2. Die Aufhebung der Grenze zwischen den beiden Okkupationsgebieten.

3. Die Bildung eines provisorischen Staatsrats aus einheimischen polnischen Elementen als Organ, das zur Aufgabe hätte:

a) die Abarbeitung einer Verfassung sowie von Gesetzentwürfen,

b) die Organisation der polnischen Staatsverwaltung.

4. Die Bildung eines Militärdepartements beim Staatsrat zur Organisation des künftigen polnischen Heeres, dem die polnischen Legionen als Kadres zu dienen hätten.

Das letzte Moment der Realisierung des polnischen Staatswesens bildet die Proklamation des polnischen Königs, und als endgültige Form des Wiederaufbaues Polens, die genaue Festlegung der Grenzen beim Friedensschluß.“

Hierauf erwiderte der Reichskanzler:

„Meine Herren! Ich habe den Ausdruck Ihrer Wünsche vernommen. Sie begehen sich in Ihrem Endziel mit den Ansichten der beiden großen Zentralmächte.“

Die beiden verbandeten Kaiserreiche, in deren Hand das Schicksal dieses ungeheuren Krieges in weitem Umfange den Besitz polnischen Landes gelegt hat, sind gewillt, einen polnischen Staat unter einem König mit einer polnischen Armee im festen Anschluß an die Kaiserreiche — namentlich auch in militärischer Hinsicht — entstehen zu lassen, einen Staat, innerhalb dessen Grenzen den polnischen Wünschen auf nationales und kulturelles selbständiges Leben der Weg gebahnt werden soll. Solange der Kampf tobt, der alle Lebensverhältnisse erfährt, wenige Meilen hinter der kämpfenden Front, können die Grenzen dieses Staates nicht festgesetzt und damit auch der Staat selbst nicht fertig konstituiert werden. Erst im Frieden kann das Werk geschaffen und vollendet werden. Darum ist es mir heute nicht möglich, auf die detaillierten Wünsche, die Sie soeben vorgetragen haben, im einzelnen einzugehen. Aber eins werden Sie während der über ein Jahr langen Zeit, in der wir die Bewahrung eines Teils des Landes führen, erlärnt haben. Wir sind demütht, nicht nur das gesamte Leben des Volkes wieder aufzubauen, soweit das unter den harten Anforderungen, die der Krieg stellt, möglich ist, wir sind auch bestrebt, durch die allmähliche Heranbildung einer polnischen Selbstverwaltung Einrichtungen zu schaffen und fortzwickelnd immer weiter auszubauen, die die Grundlage und das feste Gefüge für den Augenblick vorbereiten sollen, wo die Bildung des Staates einmal wird abgeschlossen werden können. Die Vorarbeit, die hier schon jetzt zu leisten ist, muß auf gemeinsamer Tätigkeit im gegenseitigen Verständnis aufgebaut werden. Ebenso wie unter zukünftiges freundschaftliches Verhältnis in der Gemeinsamkeit der großen Ziele des staatlichen, politischen und wirtschaftlichen Lebens seine Bestimmung finden wird. Voller Vertrauen darauf haben die verbandeten Kaiserreiche ihren Entschluß gefaßt. Sie geben sich der Gewißheit hin, daß dies Vertrauen auch von polnischer Seite mit Vertrauen erwidert werden wird. Wir legen dabei die feste Zuversicht, daß die Polen vertrauensvoll ihr Geschick aus den Händen der beiden Kaiserreiche erwarten und selbst Seite an Seite mit uns an der Sicherung des Ertrages und der endgültigen Erreichung des großen Zieles mitwirken werden.

Gott wolle unser Werk zu einem guten Ende führen.“

Rußlands Fremdvölker an Polen.

Die Liga der Fremdvölker Rußlands richtete an das polnische Volk die folgende Adresse:

„Unser Hilferuf im Mat an den Präsidenten der Vereinigten Staaten ist ungehört verflungen. Vergebens warten wir auf Antwort. Aber von anderer Seite ist lobend bewiesen worden, daß unter den Weltmächten Menschlichkeit und Gerechtigkeit noch leben, daß der Grundlag nationaler Freiheit trotz Krieg und Elend auf Erden nicht geschwunden ist.“

An Dir, polnisches Volk, hat sich zuerst erwiesen, daß Treue gegen sich selbst, daß unentwegtes Festhalten an nationalen Recht Früchte trägt. Unerlöschter durch die Unterdrückung eines Jahrhunderts hast Du Dich offen von Rußland losgerissen. Du hast die besten Deiner Söhne zu Legionen vereinigt, um selbst für Deine Befreiung zu kämpfen. Ihr Blut ist nicht vergeblich geflossen, und vor Dir liegt die Zukunft freier und edler nationaler Entwicklung.“

Nimm unsere Wünsche entgegen zu diesem Ereignis, welches den Boden bildet für das Gedeihen Deiner kommenden Geschlechter. In Deinem Staate soll Gerechtigkeit regieren, und wir vertrauen, daß Du nach den schweren Erfahrungen am eigenen Körper Andersdenkende und Andersgläubige achten und gleiches Recht allen geben wirst.“

Sege den mutigen Kampf gegen Deine Unterdrücker fort, polnisches Volk, und erinnere Dich an den Ruf, der an den Präsidenten unsere zu Michiel Kempicki auf dem Kongress der Nationalitäten in Lausanne gerichtet wurde: „Polen voran! Wir folgen nach!“ (W. Z. V.)

Die Vertreter der Presse und das Königreich Polen.

Warschau, (W. Z. V.) Am Montag, am Tage nach der Feier der Erklärung Polens zum Königreich, waren im Hotel Bristol in Warschau auf Einladung des Generalgouverneurs v. Beseler und des Chefs der Zivilverwaltung v. Sries die Vertreter der deutschen, der verbandeten, der neutralen und der jüdischen Presse versammelt. Besondere Bedeutung erhielt der Abend durch die Anwesenheit der Führer des polnischen Volkes und zahlreicher Vertreter der polnischen Presse. In Rede und Gegenrede spiegelte sich die hohe Begeisterung wider, die seit gestern ganz Warschau erfüllt. Votkasirab v. Mutius begrüßte die Anwesenden und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Presse ihre Verständigungsarbeit auch dem neuen ins Leben getretenen Bund, gebildet aus den Mittelmächten und Polen, widmen möge. Im Namen des Generalgouverneurs sprach Major Schulte. Er führte aus, an Stelle des Wortes „Finis Poloniae“ (Polens Ende) sei nunmehr die Parole „Resurrectio Poloniae“ (Wiederaufrichtung Polens) getreten. Sein begehrt aufgenommenes Hoch galt der siedenden Großmacht, der Presse.

Eine besondere politische Bedeutung gewann der Abend durch die Ansprache der Vertreter der neutralen Presse und der Polen. Von polnischer Seite wurde immer wieder dem Gedanken der treuen Waffenbrüderlichkeit mit den Mittelmächten und dem den ausländischen Dankes für die endliche Befreiung Polens von dem demoralisierenden Joche Rußlands, wie es der frühere Dumaabgeordnete v. Kempicki formulierte, Ausdruck gegeben. Herr Jawocki gedachte vor allem der deutschen und polnischen Kämpfer, die für die Befreiung Polens gefallen waren. Fürst Radziwill brachte das Vertrauen der polnischen Bevölkerung zum Generalgouverneur zum Ausdruck und schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf Excellenz Beseler.

Unter besonderer Aufmerksamkeit hob ein Vertreter Schwedens hervor, wie das Schicksal Polens und Schwedens geschichtlich die gleiche Richtung gegen den gemeinsamen russischen Feind zeige. Der Vertreter der Türkei zerpfachte in packender Ansprache das Lügenmärchen der Ententemächte, Befreier der kleinen Völker Europas zu sein. Excellenz Graf v. Hutten-Chapowski brachte ein brausend aufgenommenes Hoch auf die kommende polnische Armee aus. Was alle zündenden Reden, von denen wir nur einen kleinen Teil angeführt haben, noch nicht gesagt hatten, das wurde durch die herzliche Ansprache von Mund zu Mund im Laufe des Abends wieder und wieder bekräftigt. Man trennte sich in dem Gefühl, daß dieser Abend, der die Vertreter der Presse vereinte, ein würdiger Ausklang des denkwürdigen Ereignisses, der Proklamation Polens zum selbständigen Königreich war.

Stimmen des Auslands.

Englische.

Amsterdam, den 5. November. (Z. U.) Nach Meldungen des Reuterschen Bureaus aus London bespricht die „Westminster Gazette“ die Proklamation des neuen Königreichs Polen durch die beiden Kaiser der Mittelmächte. Das erste, was bei dem all ins Auge fällt, sagt das Blatt, ist daß nur Rußland zu dem neuen Königreich beiträgt. Die beiden Zentralmächte haben große Stücke Landes von dem, was einst Polen war, in ihrem Besitz. Es wird auch nichts über Preussisch-Polen gesagt; Galizien bleibt offenbar unter österreichischer Herrschaft, und das neue Königreich bleibt auf die polnischen Gebiete beschränkt, welche im Laufe dieses Krieges Rußland abgenommen worden sind. Wir werden sehr erstaunt sein, wenn die Führer und das Volk Polens dieses Angebot, das nun Deutschland und Oesterreich gemacht haben, annehmen werden.

Holländische.

Amsterdam, 6. November. (W. Z. V.) Die meisten Blätter äußern sich skeptisch über das Königreich Polen. Sie betonen, daß Polen von den Zentralmächten zunächst aus selbstsüchtigen Beweggründen wieder hergestellt worden sei, und stellen die Tatsache in den Vordergrund, daß es nicht in seinem ganzen Umfange wieder hergestellt wurde, sondern daß man nur die den Russen entzogenen Gebiete selbständig gemacht hat. „Allgemeines Handelsblatt“ schreibt: Die Proklamierung eines neuen selbständigen Polens, das aber nur in nationalem Sinne selbständig und im übrigen politisch eng mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn verbunden sein soll, ist die Ordnung der Politik, die darauf ausgeht, Polen als Pufferstaat zwischen die deutschen Länder und den russischen Stolz einzuschleiben. Man müsse vorläufig abwarten, was sich weiter im Osten abspielen werde. Das Blatt fährt fort: Die Kanonen drohen noch, und sie werden bei der schließlichen Bestimmung des Landes Polen mitzusprechen haben. Das Manifest der beiden Kaiser ist aber eine historische Tat, die, wie der Weltkrieg auch ausgehen mag, nicht verfehlt, einen starken Einfluß auszuüben. Auch in der Weltgeschichte spielt das fait accompli (die vollendete Tatsache) eine Rolle.

Norwegische.

Kristiania, 7. November. (W. Z. V.) Wie die gestrigen Morgenblätter, so beröhrten auch die Abendblätter das deutsche und das österreichische Polenmanifest, das aber von der hiesigen Presse im allgemeinen äußerst skeptisch beurteilt wird. Als Hauptgrund für diese Auffassung wird angeführt, daß nicht alle Teile des alten Polens, sondern bloß Kongresspolen das neue Königreich bilden sollen, woraus hervorgehe, daß die Mittelmächte nur einen Pufferstaat gegen Rußland schaffen wollten, also nur ihre eigenen Interessen, nicht aber die polnischen dabei im Auge hätten. Ebenso wird auch die Absicht, dem neuen Königreich den Ausbau einer eigenen Beherrschung zu bewilligen, als bloßer Vorwand der Mittelmächte aufgeföhrt, um schon während des Krieges ausgiebiger als bisher die polnische Bevölkerung zum Kampf gegen Rußland heranzuziehen zu können. Einen Versuch, den deutschen Standpunkt zu würdigen, macht nur „Morgenbladet“, das ebenfalls meint, der große nationale Traum der Polen werde sicher nicht durch die getroffene Ordnung erfüllt werden. Das Blatt nennt aber doch das Manifest eine bedeutungsvolle Urkunde, die jedenfalls die Verheißung einer freien glücklichen Zukunft für das polnische Volk enthalte.

Politische Uebersicht.

Rundgebung für den Reichskanzler.

Karlsruhe, 7. November. (W. Z. V.) Eine von zahlreichen Bürgern der Haupt- und Residenzstadt Badens, die allen politischen Parteien des Landes angehören, unterzeichnete Rundgebung nimmt Stellung zu den Ansetzungen und Anfeindungen, welchen unser Reichskanzler als oberster verantwortlicher Leiter der deutschen Politik in dieser für das Vaterland so schicksalsschweren Zeit ausgesetzt ist, beklagt und verurteilt die offenen und versteckten Treibereien und schließt: Im festen Vertrauen stehen wir zu unserem Reichskanzler, in der begründeten Zuversicht, daß, wenn die Stunde des Friedens herannah, das deutsche Volk in der Reichsleitung wie in seiner Vertretung der tatkräftigen und weitblickenden Sachwalter nicht entbehren wird, zur Sicherung der Zukunft des Reiches, der Freiheit und Wohlfahrt des Vaterlandes.

Der Reichshandhabungsausschuss und die Polenfrage.

Der Reichshandhabungsausschuss ist zu Donnerstag, vormittags 10 Uhr, einberufen worden. In der Sitzung werden vertrauliche Mitteilungen des Reichskanzlers über die Lösung der polnischen Frage erwartet.

Die Reichspartei und die Polenfrage.

Der Reichspartei und ihrer Polenpolitik ist die Proklamation eines Königreichs Polen nicht erwünscht gekommen. Die Leitung der Reichspartei teilt, um einer anscheinend beabsichtigten Verbreitung falscher Nachrichten entgegenzutreten, folgendes mit:

„Sobald von dem Plane der Schaffung eines mit weitgehender Autonomie ausgestatteten Königreichs Polen sichere Kenntnis angelangt war, hat die Reichspartei im Einvernehmen mit der Parteileitung und den in Berlin anwesenden Mitgliedern der konservativen Fraktion des Abgeordnetenhauses wiederholt schriftlich und mündlich ihre schweren Bedenken gegen diesen Plan bei der Reichsleitung und den zuständigen preussischen Ministerien nachdrücklich geltend gemacht und ausführlich begründet. Nach Erlass der Kaiser-Proklamation erachtet die Reichs- und konservativen Partei es nunmehr für ihre vaterländische Pflicht, nach Kräften darauf hinzuwirken, daß Schaden und Nachteile unlichst verhütet werden. Dies gilt insbesondere von der preussischen Ostmark. Das Deutschtum die deutsche Kultur und die deutschen Interessen in den zweisprachigen Landesteilen dürfen unter der Vertreibung polnisch-nationaler Wünsche keineswegs leiden, ihnen gebührt vielmehr eine um so kräftigere Fürsorge.“

Wenn die Alideutschen und Konservativen glauben, auch nach dem Kriege ihre Ostmarkenpolitik in alter Weise fortsetzen zu können, so dürfen sie sich arg verrechnet haben.

Zentrum und Steuern.

Der bayerische Landtagsabgeordnete Dsel bespricht in der „Böln. Volksztg.“ (Nr. 894) die Frage der Steuern nach dem Kriege. Die größte Sorge macht ihm die Belastung der Industrie und damit die „Beeinträchtigung der Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland.“ Die Formel kennen wir zur Genüge! Interessant ist, daß Herr Dsel der allerdings sehr begründeten Auffassung Ausdruck gibt, daß das Kapital in diesem Kriege nicht umgelernt hat. Er meint, auch die Arbeiterverbände würden heute mehr denn je erkennen, daß nur eine starke und vielbeschäftigte Industrie die nötige Arbeitsgelegenheit schafft, und daß es für die Arbeiter und ihre besonderen Standesinteressen Selbstmord bedeuten würde, gerade in Deutschland etwa den „Kampf gegen den Kapitalismus“ schlechthin wieder aufzunehmen, indem verlangt würde, die gewaltigen Summen, welche das Reich, die Einzelstaaten und die Kommunalverwaltungen bedürfen, lediglich oder fast lediglich auf dem Wege der direkten Besteuerung aufzubringen. Nach einer anderen Gefahr einer solchen einseitigen Steuerpolitik nur um des Prinzips willen darf in Erinnerung gebracht werden. Wir haben gerade nach dem Kriege viel mobiles Kapital und das größte Interesse daran, es im Inland zu erhalten, indem es nutzbringend sich betätigen kann. Wir wissen zwar heute schon, daß gerade unsere Verbündeten im Osten von uns große Kapitalanlagen in Geld und Sachen erwarten; um so nötiger ist es, keine weitere schädliche Abwanderung in das abtrübe Ausland gewaltiam herbeizuföhren. Diese aber würde zweifellos erfolgen, wenn die Inlandwirtschaft eine schlechtere Anlage bieten würde als das Ausland. Bei dem bekannten deutschen Rationalfehler werden die Schädigungen bald vergessen sein, die dem deutschen Privatkapital im Ausland durch den Krieg erwachsen sind. Und die Feinde von heute werden aus den etwaigen Fehlern unserer Steuerpolitik zweifellos auch nach der Richtung Rügen zu ziehen versuchen, indem sie den Zufluß deutschen Kapitals ansetzen.“

Herr Dsel steht in engen Beziehungen zum süddeutschen Kapital; ist doch kürzlich ein Donaoboot auf seinen Namen getauft worden. Seine Darlegungen in dem rheinischen Zentrumblatt sind eine ziemlich unverblühte Drohung: Wenn dem „nationalen“ Kapital die unaussprechlichen bedeutenden Steuererhöhungen zu un bequem werden, geht es mit seinem durch riesenhafte Kriegsgewinne angeammelten Reichtum einfach in ausländische Unternehmungen.

Letzte Nachrichten.

Die Versenkung des norwegischen Dampfers „Lanao“.

London, 7. November. (W. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Die Besatzung des Dampfers „Lanao“ kam am Montag in Vary mit dem norwegischen Dampfer „Tromp“ an. Der „Lanao“ war am 2. November von einem deutschen U-Boot in der Nähe der portugiesischen Küste in den Grund gebohrt worden. Nach der Erklärung der Offiziere bestand die Ladung aus Reis und das Schiff war von einem chinesischen Jaken nach V. Hawre unterwegs. Der Dampfer war 27 Meilen von der portugiesischen Küste entfernt, als er in der Dunkelheit von einem U-Boot angehalten wurde, das Schiffe auf seinen Bug abfeuerte. Der erste Offizier ging an Bord des U-Bootes, das später die ganze Besatzung aufnahm. Ein deutscher Offizier mit einigen Wafrolen legte Bomben in den Maschinenraum des „Lanao“. Obwohl man eine Explosion hörte, konnten die Offiziere nicht sagen, daß der Dampfer gesunken sei. Später wurde der Dampfer „Tromp“ angehalten und die ganze Besatzung des „Lanao“ auf dieses Schiff gebracht. Während die Leute noch an Bord des U-Bootes waren, wurde ein italienischer Dampfer durch Geschützfeuer in den Grund gebohrt. Ein deutscher Matrose sagte: „Das ist Nummer vier.“ Außerdem wurde auch ein englischer Dampfer angegriffen. Als dieser aber von seinen Geschützen Gebrauch machte, gab das U-Boot die Jagd auf.

Eisenbahnunglück bei Beuthen.

Beuthen, 7. November. (W. Z. V.) Heute mittag um 1 Uhr ist auf der Station Radzionka der Personenzug 888 bei der Einfahrt infolge Ueberfahrens des Haltesignals auf den rangierenden Güterzug 8504 aufgefahren. Der Materialschaden ist gering. 25 Personen sind verletzt worden, darunter drei schwer. Der Verkehr konnte um 4 Uhr nachmittags wieder aufgenommen werden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Tariffbewegung in der Herrenmohlschneiderei.

Im Hinblick auf die beschlossene Tariffänderung führte Kunze am Montag in einer Versammlung der Herrenmohlschneider unter anderem aus: An die jetzt erfolgte Erweiterung der Bezugscheinverordnung wird die Befürchtung geknüpft, daß infolge der Verordnung eine erhebliche Verminderung der Arbeitsgelegenheit eintreten werde. Diese Befürchtung ist grundlos, denn auf die erste und zweite Tarifklasse trifft die Verordnung nicht zu, weil die Preise für die beste Mohlgarderobe längst die Preishöhe überschritten haben, welche auch jetzt noch bezugscheinfrei ist. Die dritte und vierte Tarifklasse, also die Arbeiten in mittleren Preislagen fallen zum Teil unter die neue Verordnung, aber die hier in Frage kommende Kundenschaft hat im allgemeinen schon bisher keinen größeren Bedarf an Garderobe gehabt, als die neue Verordnung zuläßt. Im allgemeinen hat also die erweiterte Bezugscheinpflicht sehr wenig Einfluß auf die Arbeitsgelegenheit in der Herrenmohlschneiderei. Dasselbe trifft für die Kostümbbranche zu. In beiden Branchen liegen übrigens so viele Vorkaufungen vor, daß die Arbeitgeber fordern, die Auslieferungzeit für bestellte Arbeiten, welche die Verordnung bis zum 30. November festsetzt, solle bis zum 31. Dezember verlängert werden. Die Ausdehnung des Bezugscheins kann also für die Schneider keine Veranlassung sein, von ihrer Forderung einer Zulage von 25 Prozent zum Wochenverdienst Abstand zu nehmen oder sie auch nur herabzusetzen. Daß eine Lohnaufbesserung von 25 Prozent noch lange nicht hinreicht, um die erhöhten Kosten der Lebenshaltung auszugleichen, bedarf keines Beweises. Die Arbeitgeber müßten ein Entgegenkommen darin sehen, daß keine höhere Forderung gestellt wird. Stattdessen begehnen sie in ihrem Zentralorgan die Forderung wegen ihrer Höhe als unerschämmt. Um eine Feuerungszulage zu erhalten, braucht man nicht die Tarife kündigen, schreibt die „Arbeiterzeitung“ und meint, durch die Tariffänderung solle die ganze Lohnfrage aufgerollt werden. Dem gegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß wir den Arbeitgebern im Laufe der letzten Jahre zweimal Gelegenheit geboten haben, uns ohne Tariffänderung eine Lohnaufbesserung im Hinblick auf die Feuerungsverhältnisse zu erwirken. Die Arbeitgeber haben unsere Forderung abgelehnt mit der unzutreffenden Angabe, die Geschäftslage sei eine schlechte und dann haben sie stets betont, solange die Tarife nicht gekündigt seien, könnten sie zu unseren Forderungen nicht Stellung nehmen. Sie rechneten allerdings damit, daß wir die Tarife nicht kündigen würden und ihnen deshalb jede Lohnaufbesserung erspart bleibe. Zwei Jahre haben wir mit den Arbeitgebern über eine Lohnaufbesserung geredet und uns ist nichts bewilligt worden. Nun haben wir die Tariffänderung beschlossen, nun kann die Lohnfrage aufgerollt werden. Jetzt handelt es sich für uns nicht mehr um eine Feuerungszulage, sondern um eine allgemeine Lohnhöhung, die wir in kurzfristigen Verträgen festlegen wollen, so daß wir in der Lage bleiben, mit unseren Löhnen der jeweiligen Wirtschaftslage zu folgen.

Daß wir eine tariflose Zeit wünschen oder gar eine solche herbeiführen wollen, davon kann gar keine Rede sein. Möglich ist jedoch, daß ein Tarif mit den Arbeitgeberverbänden nicht zustande kommt und wir dann mit den einzelnen Firmen Verträge abschließen.

Unsere Forderungen gehen nicht über ein billiges Maß hinaus. Die Geschäftslage ist derart, daß sie bewilligt werden können. Die Ausdehnung der Bezugscheinpflicht verleiht der Geschäftslage in der Herrenmohlschneiderei im allgemeinen nicht. Daß nicht der Konsum eingeschränkt wird durch eine wesentliche Preiserhöhung, daran haben auch wir ein Interesse. Deshalb haben wir unsere Forderung so bemessen, daß sie auf die Preisbildung keinen nennenswerten Einfluß hat. Die Lohnhöhung muß nach Lage der Sache eintreten. Auch wenn die Arbeitgeber diese Angelegenheit zu einer Nachfrage machen wollten, werden unsere Kollegen ihre berechnete Forderung mit größter Entschiedenheit vertreten.

Ausland.

Zwingende Regelung der englischen Arbeiterverhältnisse.

Wie die „Financial News“ vom 28. Oktober berichten, finden zurzeit zwischen den Parlamentarierlichen Ausschüssen des Gewerkschafts-

Kongresses und der Arbeitgeber grundsätzliche Verhandlungen zur Beilegung alter Zwistigkeiten statt, deren Ergebnis dem zuständigen Minister vorgelegt werden soll, da man auf Mitwirkung der Regierung rechnet.

- Die erörterten Vorschläge betreffen:
1. Zwangsmittelbesitz in Gewerkschaften für alle Arbeiter.
 2. Zwangsarbeitszeit von 48 Stunden in der Woche für alle Arbeitszweige.
 3. Zwangsmindestlohn von 30 Schilling für alle erwachsenen Arbeitkräfte.
 4. Keine Verminderung bestehender Lohnsätze oder Erhöhung der Arbeitszeit.
 5. Vollständige Anerkennung der Gewerkschaften und der von solchen mit Arbeitgeberverbänden abgeschlossenen Abkommen durch die Arbeitgeber.
 6. Staatliche Arbeitslosenunterstützung für arbeitslose Männer und Frauen.
 7. Ordnung der Bedingungen der Frauenarbeit nach dem Krieg durch die Gewerkschaften.

Soziales.

Das Sparfassenbuch des Lehrlings.

Die Firma „Maschinenfabrik für Mühlenbau vormals Kapler“ legt für ihre Lehrlinge Sparfassen an, die so zustande kommen, daß dem Lehrling für jede Arbeitswoche ein Spargeld von 10 Pf. gutgeschrieben und bei der Sparkasse der Stadt Berlin auf den Namen des Lehrlings eingezahlt wird. Diese Sparsparnis ist im Lehrvertrage ausdrücklich vereinbart. Aber im Vertrage wird auch gesagt, daß nur die Firma zu bestimmen hat, ob das Sparguthaben nach beendeter Lehrzeit in das Eigentum des Lehrlings übergeht oder nicht.

Um diese Vertragsbestimmung handelte es sich in einem Prozeß, der vor der Kammer 5 des Gewerbegerichts verhandelt wurde. Der Kläger hat vier Jahre bei der beklagten Firma gelernt. Nach beendeter Lehrzeit arbeitete er bei der Firma nicht weiter, sondern nahm in einem anderen Betriebe Arbeit als Schlossergeselle. Deshalb machte die Firma von ihrem vermeintlichen Recht Gebrauch und verweigerte dem Kläger das Eigentumsrecht an dem auf seinen Namen bei der Sparkasse eingetragenen Guthaben von 105 Mark. — Der Kläger forderte, daß die Firma zur Herausgabe seines Sparfassenbuchs verurteilt werde. Der Vater des Klägers betonte, er habe bei Abschluß des Vertrages als selbstverständlich vorausgesetzt, daß der Sohn nach beendeter Lehrzeit das Spargeld auch wirklich bekomme. Alle anderen Lehrlinge, die als Gesellen bei der Firma weiterarbeiteten, hätten die Sparfassenbücher auch erhalten. Der Vertreter der Firma berief sich dagegen auf den erwähnten Vertragspassus und meinte, die Firma habe erwartet, daß der Kläger nach ein paar Monate bei ihr arbeiten werde. Da er das nicht tat, habe er sich die Verweigerung der Spargelder selbst zuschreiben lassen.

Die Firma wurde zur Herausgabe des Sparfassenbuchs an den Kläger verurteilt mit der Begründung: Wenn sich die beklagte Firma das Recht sichern wollte, die Auszahlung des Sparguthabens aus irgendwelchen Gründen zu verweigern, dann hätte sie den Vertrag anders abfassen müssen als es geschehen ist. In diesem Punkt sei der Vertrag juristisch sehr ungeschickt gemacht. Die Sache liege so: In dem Augenblick, wo ein Geldbetrag auf den Namen einer bestimmten Person gutgeschrieben wird — sei es auch nur in den Geschäftsbüchern der Firma — wird das Geld Eigentum der betreffenden Person. Erst recht sei das der Fall bei Einzahlungen auf ein Sparguthaben. Das auf den Namen des Klägers lautende Sparguthaben ist Eigentum des Klägers. Die Firma hat darüber nicht zu bestimmen.

Berichtszeitung.

Unbegründeter Konflikt des Ministers des Innern.

Der Kaufmann Bruno Schulze verübte seinerzeit eine mehrmonatige Gefängnisstrafe in Plöthen, die am 15. Januar 1913 ihr Ende erreichen sollte. Durch seine Frau erfuhr er im Gefängnis, daß man ihn als lästigen Ausländer aus Preußen ausweisen wolle. Die Behörde sah ihn als Amerikaner an, der zwar Preuze gewesen,

es aber nicht mehr sei. Schulze ist in Halle a. S. von preussischen Eltern geboren, war dann aber in der Zeit zwischen 1897 und 1910 öfter Jahre lang in Amerika, wo er auch einen Betrieb hatte. Dieser amerikanische Aufenthalt hatte mehrfach Unterbrechungen. Er machte aus dem Gefängnis verschiedene Eingaben an die Behörden, um der Ausweisung vorzubeugen. Dabei gab er zu, daß er das amerikanische Bürgerrecht erworben habe.

Der Regierungspräsident zu Potsdam, dem die unteren Behörden das Material in der Sache vorgelegt hatten, ordnete am 8. Januar 1913 die Ausweisung Sch.s aus Preußen an, die dann von der Ortspolizeibehörde in Regal ausgeprochen wurde.

Sch., der aus dem Gefängnis nach Dresden entlassen wurde, erzielte durch verschiedene Beschwerden, daß auf Veranlassung des Ministers des Innern keine Ausweisung aus Preußen zurückgenommen wurde, und zwar im Januar 1914. Es wurde jetzt angenommen, daß Sch. trotz Erwerbes des amerikanischen Bürgerrechts preussischer Staatsangehöriger geblieben sei.

Sch. machte nun im Zivilprozeß den Regierungspräsidenten für die unberechtigte Ausweisung verantwortlich und beantragte in der gegen den Präsidialbescheid gerichteten Klage den Präsidialbescheid zu erklären, ihm Schadenersatz zu leisten. Der Präsidialbescheid hat nach dem Gesetz vom 1. August 1909 für Handlungen, die von Beamten in Ausübung der obrigkeitlichen Gewalt vorgenommen sind.

Das Landgericht wies die Klage ab. Das Kammergericht als Berufungsinstanz ordnete aber eine Beweisaufnahme an. Bevor es zu weiterer Verhandlung kam, erhob der Minister des Innern zugunsten des Präsidialbescheides den Konflikt, mit dem Antrage, das Klageverfahren endgültig einzustellen.

Das Oberverwaltungsgericht verwarf jetzt den Konflikt des Ministers und entschied, daß das gerichtliche Verfahren seinen Fortgang zu nehmen habe. In der Begründung wurde u. a. ausgeführt:

Es handelte sich hier um die Verfügung des Regierungspräsidenten vom 8. Januar 1913, die durch Vermittlung des Landrats der Ortspolizeibehörde die Ausweisung aufgab. In dem Material, das dem Regierungspräsidenten vorlag, befanden sich die Behauptungen des Privatklägers, daß er sich mehrere Male jahrelang in Amerika aufgehalten habe, daß aber dieser Aufenthalt niemals länger als drei Jahre, also immer weniger als ununterbrochen fünf Jahre gedauert habe. Ferner war in dem Material die Angabe des Klägers enthalten, daß er das amerikanische Staatsbürgerrecht erworben habe. Das neue, jetzt geltende Gesetz über die Staats- und Reichszugehörigkeit komme für den Fall des Klägers noch nicht in Betracht, sondern das Gesetz vom 1. Juni 1870.

Danach sei die Aufrechterhaltung der preussischen Staatszugehörigkeit, die dem Kläger als geborenem Preuzen zustand, auch nach dem Erwerb des amerikanischen Bürgerrechts durch Naturalisation möglich gewesen. In Betracht käme hier der Bancroftvertrag in Verbindung mit § 21 des Gesetzes vom 1870 über den Erwerb und Verlust der Staats- und Reichszugehörigkeit. Danach hätte ein fünfjähriger ununterbrochener Aufenthalt in Amerika den Verlust der deutschen Staatszugehörigkeit zur Folge gehabt, wenn der Erwerb des amerikanischen Bürgerrechts durch Naturalisation vorlag. Wie nun die Dinge hier lagen, habe er in genügender Anzahl bestanden für einen ununterbrochenen fünfjährigen Aufenthalt in Amerika, auch objektive Merkmale dafür hätten nicht vorgelegen. Somit könne nicht festgestellt werden, daß vom Regierungspräsidenten alle die Erhebungen getroffen worden seien, die zur Ausweisung berechtigten. Es lasse sich darum nicht positiv feststellen, daß dem Regierungspräsidenten eine Ueberschreitung seiner Amtsbefugnisse oder eine Unterlassung einer Amtshandlung nicht zur Last falle. Darum sei der Konflikt des Ministers als unbegründet zu verwerfen. Das Klageverfahren müsse seinen Fortgang nehmen.

Eingegangene Druckschriften.

- Neues Leben. Heft 10. Monatschrift für sozialistische Bildung. Herausgeber: Robert Grimm und Jakob Lorenz. 35 Rappen. — Verlag Unionsdruckerei, Bern.
- Die Tat. Monatschrift für die Zukunft deutscher Kultur. Heft 8. 1,20 M. — E. Diederichs, Jena.
- Die goldene Frucht. Roman von Horst Bodemer. (Kronen-Bücher) 1 M. — Kronen-Verlag, Berlin SW. 68.
- Deutschlands Armees in feldgrauer Kriegs- und Friedensuniform. Erläuternder Text von Oberleutnant a. D. Fritz v. d. Osten-Saden u. a. Rhein. 6,50 M.
- Das innere Deutschland nach dem Kriege. Von E. Coertß. Geb. 3 M. — E. Diederichs, Jena.

Direktion: Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
 7 1/2 Uhr: Soldaten.
 Donnerstag, neuinstudiert:
Minna von Barnhelm.
 Kammerstücke.
 8 Uhr: Gespenstersonate.
 Morg.: **Jonathans Töchter.**
Volkstheater. Theater a. Bülowpl.
 8 1/2 Uhr: **Hamlet.**
 Donnerstag: Das Wintermärchen.
Theater i. d. Königgrätzerstr.
 8 Uhr: **Paul Lange und Tora Parsberg.**
Komödienhaus
 8 Uhr: Z. 200. Male: **Der 7. Tag.**
Berliner Theater
 8 Uhr: Auf Flügeln des Gesanges.
Theater am Mittwoch, 8. November.
 Deutsches Opernhaus, Charlottenb.
 8 Uhr: **Don Juan.**
 Friedrich-Wilhelmstadt. Theater
 8 Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**
Gebr. Herrnfeld-Theater
 8 1/2 Uhr: **Villa Pachesna.**
Kleines Theater
 8 Uhr: **Jettchen Geberl.**
Komische Oper
 8 1/2 Uhr: **Die schöne Kubanerin.**
Lustspielhaus
 8 1/2 U.: **Der selige Balduin**
Metropol-Theater
 8 Uhr: **Die Csardasfürstin.**
Thalia-Theater
 8 1/2 U.: **Blondinchen.**
Rose-Theater.
 8 Uhr:
Gedwig, die Handtuchbraut.
 Berantm. Redakt.: Alfred Dietrich, Neudöln. Inz. Patentteil verantrm.

Lessing-Theater.
 Direktion: Victor Barnowsky.
 8 U.: **Die beiden Kilngsberg.**
 Donnerstag: Die beiden Kilngsberg.
 Freitag: Peer Gynt.
Deutsch. Künstler-Theater.
 Allabonellisch 8 Uhr:
Moral.
URANIA Taubenstr. 48/49.
 4 Uhr (halbe Preise):
Aegypten, der Suezkanal und der Weltkrieg.
 8 Uhr:
 Geh.-Rat Prof. Dr. Froch-Breslau:
Die Bagdadbahn in kulturhistorischer und weltwirtsch. Bedeutung.
Neues Operettenhaus
 Kassentelephon: Norden 281.
 8 Uhr: **Der Soldat der Marie.**
Residenz-Theater
 8 1/2 U.: **Der gutsitzende Frack.**
 Donnerstag zum ersten Male:
Die Warschauer Zitadelle.
Schiller-Theater O.
 Der Kammer Sänger.
 8 Uhr: Hockens. Erster Klasse.
Schiller-Th. Charlottenb.
 3 1/4 Uhr: Prinz Friedrich v. Homburg.
 8 Uhr: **In Behandlung.**
Theater am Nollendorfpl.
 3 1/4 U.: Lied v. d. Glocke, Wallerst. Lag.
 8 1/2 Uhr: **Blaue Jungens.**
Theater des Westens
 8 Uhr: **Die Fahrt ins Glück**
 mit Guido Thielscher.
 3 1/4 Uhr: **Wallensteins Tod.**
Trianon-Theater
 8 Uhr: als Gast.
Walhalla-Theater.
 8 Uhr:
Seemannsliedchen.

Volgt-Theater.
 Sadstr. 55. Täglich: Sadstr. 58.
Verwaist.
 Kasseneröffnung 7 Uhr, Anfang 8 Uhr.
Reichshallen-Theater.
Steffinn Sänger.
 Zum Schluss:
Friedensglocken.
 Zeitbild u. Wechsel. Anf. 8 U.
 Sonntag nachmittags 3 Uhr:
 (ermäß. Preise):
Weihnachtsabend im Schützengraben
Possen-Theater.
 Täglich 8 1/2 Uhr:
Ein unnatürl. Sohn
Sagen wir — die Hälfte
 mit Leonhard Haskel.
Palast
 Tägl. 8 Uhr. Sonnt. 3 1/2 u. 8 Uhr.
Otto oder Otto?
 Operette m. Else Bötticher, Adele Sandrock, Ingo Brandt usw.
 Ferner: R. Steidl und die neuen Novemb.-Spezialitäten.
Casino-Theater.
 Lothinger Str. 37. Täglich 8 1/2 Uhr.
 Nur noch kurze Zeit
 der Berliner Vollen-Schlager
Meine gute Ose
 Vorher das neue Novemberprogramm.
 u. a. Karl Groth als Fernerbräutigam.
 Sonntag 4 Uhr: Valerius Wunderkur.
 Ed. Hilde, Berlin. Druck u. Verlag: Hermanns Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu I. Beilage u. Unterhaltungsbl.

Circus Busch
 Tägl. 8, Sonnt. u. Feiert. 3 1/2 u. 8 U.
Afra
 das geheimnisvolle psychologische
Rätsel.
 8 ulkige Dackel in ihren
 9 1/2 Die Geierprinzessin. 9 1/2
Admiralspalast.
 Das herrliche Eisballiett
Frau Fantasie.
 Anf. 8 1/2 Uhr. 2, 3, 4 M.
Bücher und Zeitchriften
 Jeder, der hier liest, die Buchhandl.
 Bernauerlied. Bestellungen nimmt
 jede Buchhandlung sowie die
 Zeitungsvertriebsstellen entgegen.



Unsere "Marine" Cigarette
 2 1/2 Pf.
 einschliesslich Kriegsaufschlag
 Trotz Steuererhöhung behalten unsere Zigaretten ihre alten anerkannten Qualitäten
Georg A. Jasmatzki Aktiengesellschaft.
Berliner Konzerthaus.
 Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.
Heute: Großes Konzert
 Berliner Konzerthaus-Orchester
 Leiter: Komponist Frz. v. Blon.
 Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 8 Uhr.
 Ab 4 Uhr nachmittags:
 Konzert bei voller Orchesterbesetzung und freiem Eintritt

Das tägliche Brot.

Höchstpreise für Zwiebeln.

Amlich wird gemeldet: Die Zwiebel der diesjährigen Ernte hatte anfangs angemessene Preise. Man sah daher von der Festsetzung eines Höchstpreises ab; warnte nur vor Spekulationen und Preistreibern, indem man, falls die Preisbemessung eine zu aufsteigende Linie einnehmen sollte, Höchstpreisfestsetzung in Aussicht stellte. Da die Preise in der letzten Zeit ungeheuer in die Höhe gegangen sind, hat der Präsident des Kriegsernährungsamts sich veranlaßt gesehen, die Festsetzung eines Zwiebelhöchstpreises zu beantragen. Durch eine Verordnung des Stellvertreters des Reichszanlers sind Zwiebelhöchstpreise festgesetzt worden, die bis zum 14. November 1916 für je 50 Kilogramm beim Erzeuger 7,50 Mark betragen und dann von Monat zu Monat um 75 Pf. steigen, bis sie am 15. April 1917 12 Mark erreichen. Der Preis gilt ausschließlich für die nächsten Verladestation des Verkäufers und schließt die Kosten der Verladung daselbst ein. Falls der Erzeuger unmittelbar an den Kleinhändler verkauft, darf er einen um 2 Mark höheren Preis nehmen. Für den Weiterverkauf von Zwiebeln im Handel ist ein Zuschlag von insgesamt 8,50 Mark für je 50 Kilogramm als höchster zulässiger Zuschlag vorgesehen. Die Kleinverkaufspreise sind auf höchstens 14 Pfennig für ein Pfund für die Zeit bis zum 14. November 1916 vorgesehen und steigen dann monatlich um je 1 Pfennig, bis sie am 15. April 1917 20 Pf. erreichen dürfen. Für besondere Zwiebelarten können Ausnahmen zugelassen werden. Die Höchstpreisfestsetzung ist begleitet von einer Bestimmung, die eine Enteignung der Zwiebeln zuläßt und eine Auskunfts-pflicht vorschreibt. Wenn durch diese Festsetzung Händler, die zu höheren Preisen Zwiebeln erworben haben, geschädigt werden, so haben sie sich das nach der früher ergangenen Warnung selbst zuzuschreiben. Daß sich die Höchstpreisfestsetzung nicht auch auf künstlich gedörrte Zwiebeln bezieht, soll nur zur Vermeidung etwaiger Zweifel hervorgehoben werden.

Die Stimmung der christlichen Arbeiter.

In Köln hielt der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, Stegerwald, Vorstandsmittglied des Kriegsernährungsamts, einen Vortrag über „Die Aufgaben des Volkes im dritten Kriegsjahr“. Er bezeichnete die Lage als sehr ernst. Die vor dem Kriege oft gehörte Behauptung, die deutsche Landwirtschaft könne das deutsche Volk ausreichend ernähren, sei törichtes Gerede gewesen. Einzelpersonen und kleinen Haushaltungen gegenüber sei die Einführung der Zwangsmassenpreise wohl geboten. Stegerwald schloß mit eindringlichen Mahnungen an die landwirtschaftliche und wohlhabende städtische Bevölkerung; Leute, die nur an sich dächten, seien nicht wert, daß für sie Opfer gebracht würden, was die Versammlung mit lebhaftem Beifall unterstrich. Angesichts des verhältnismäßig schwachen Besuchs machte ein christlicher Arbeiter in der Ansprache die Bemerkung, daß die christlichen Arbeiter nicht in die Versammlung kämen, weil sie über die jetzigen Zustände zu erbittert seien.

Eine zeitgemäße Aufforderung.

Der Bezirksamtmann Hipper richtet in den Amtsblättern des Bezirks Augsburg folgende bezeichnende Aufforderung an die Landwirte:

Von den verschiedensten Seiten muß ich hören, daß die Landwirte mit den Kartoffeln zurückhalten, obwohl sie wissen, daß in den Gemeinden Göttingen, Hamstetten, Gerstshofen vor allem und in weiteren Gemeinden des Bezirks größte Not herrscht. Daß Landwirte Kartoffeln zurückhalten, ersehe ich aus den Bezugscheinen, die vorgelegt werden. Die Ausfuhr kann aber im Hinblick auf die Notlage der Arbeiterbevölkerung in den genannten Orten nicht genehmigt werden.

Wenn diese Aufforderung keinen Erfolg haben sollte, droht der Bezirksamtmann, unter Vornahme einer Hausdurchsuchung mit der Enteignung vorzugehen. Bei der Enteignung dürften nur 250 M. für den Zentner bezahlt werden. Außerdem müßte Strafanzeige erstattet werden. In diesem Falle würden die Namen aller Schuldigen öffentlich bekanntgegeben werden, damit für alle Zeiten jene Landwirte gebrandmarkt würden, die unter Mißachtung der Not ihrer Mitmenschen in schwerer Zeit eine erbärmliche Gesinnung und einen niederwärtigen Eigennutz bewiesen haben.

Zur Kartoffelversorgung.

Eine bemerkenswerte Verordnung des kippischen Staatsministeriums läßt erkennen, daß man den Ernst der Lage einzusehen beginnt und sich entschließt, rücksichtslos und entschlossen einzugreifen. Für Lippe wird angeordnet: In jeder Gemeinde sind sofort Ausschüsse zu bilden, von denen jeder zu gleichen Teilen aus Kartoffelerzeugern und Versorgungsberchtigten unter „amtlicher Zugabe eines Polizeibeamten“ zu bestehen hat, welche mit größter Gewissenhaftigkeit die Kartoffelvorräte jeder einzelnen Haushaltung nachzuwiegen und für Abführung des Ueberschusses an die Gemeinde zu sorgen haben. Diese Maßnahme soll sich auf Selbstversorger und Versorgungsberichtigte (Erzeuger und Verbraucher) erstrecken. Mit Wirkung bis zu einem Jahr oder bis zu 10 000 Mark Geldstrafe wird belegt, wer sich mehr Kartoffeln verschafft, als ihm zusteht, oder überschüssige Kartoffeln zurückhält.

Es ist hohe Zeit, daß überall mit gleicher Entschiedenheit vorgegangen wird.

Aus Groß-Berlin.

Zweckverband und Straßenbahnfrage.

Eine große Zahl von Mitgliedern der Verbandsversammlung aus Berlin, Berlin-Schöneberg, Charlottenburg, Neukölln, Berlin-Lichtenberg und Berlin-Neiniedendorf hat bei dem Vorsitzenden der Versammlung beantragt, auf Grund des § 21 Absatz 2 des Zweckverbandsgesetzes für Groß-Berlin die Verbandsversammlung behufs Beratung über den nachstehend wörtlich wiedergegebenen Antrag zu berufen:

Antrag an die Verbandsversammlung. Die Verbandsversammlung erklärt sich gegen jede Tarif-erhöhung, insbesondere auch gegen die Einführung eines Staffeltarifs bei der Großen Berliner Straßenbahn, und beschließt, daß während der Dauer des Krieges Erwerbsverhandlungen mit der Großen Berliner Straßenbahn unterbleiben sollen.

Unterschieden ist der Antrag von folgenden Mitgliedern: Hr. Bahner, Verandt, Blankenstein, Vögl, Bruns, Brunsow, Cappel, Dabe, Dyrenfurth, Fischbe, Dr. Fischer, Flohe, Dr. Gelpke, Groger, Heimann, Hehrig, Hirsch, Dr. Hirsfort, Hoffmann, Adolf, Hoffmann, Dr. Ludwig, Jacobi, Körte, Ladewig, Dr. Licht,

Liebenow, Lindau, Loefer, Machowicz, Mann, Wilhelm, Mischelet, Moller, Dr. Nathan, Pfannkuch, Dr. Preuß, Kofi, Dr. Reide, Rosenow, Schachtel, Seidel, Dr. Silberstein, Söfeland, Sonnenfeld, Spendig, Stadthagen, Tempel, Ulrich, Benzly, Bermuth, Dr. Bepl, Wille, Jöbel.

Die Antragsteller sind von dem Wunsche geleitet, baldigst eine Klärung herbeizuführen und zu verhüten, daß sich innerhalb des Verbandes ein tiefgehender Meinungsstreit entwickelt. Sie halten sich sicher, daß der Antrag den Ansprüchen des weit überwiegenden Teiles der Groß-Berliner Bürgerschaft entspricht, weil er einen Gegensatz der Interessen, der aus örtlichen Verschiedenheiten sich bilden könnte, von vornherein beseitigt.

Der Vorsitzende des Verbandes Groß-Berlin hat die Mitglieder des Verbandsausschusses zu einer Sitzung am 13. November nach dem Berliner Rathaus geladen. Zur Beratung stehen einige Baupolizeiverordnungen, Bebauungspläne und Freisflächenachen, ferner soll über einen Antrag an die Verbandsversammlung auf Verlegung der Stelle des juristischen Oberbeamten Beschluß werden.

Die Mietsunterstützung der Kriegerfamilien.

Der Bund der Berliner Grundbesitzervereine e. V. hat sich mit folgender Eingabe an den Magistrat Berlin gewendet:

An den löblichen Magistrat der Stadt Berlin richten wir hierdurch noch einmal die sehr ergebene Bitte, bei Bewilligung von Mietsunterstützungen grundsätzlich von der Forderung eines Mietsnachlasses absehen zu wollen.

Unsere Bitte ist gerechtfertigt durch die infolge der langen Kriegsdauer sehr bebrängte Lage des Berliner städtischen Grundbesitzes, die dem löblichen Magistrat im einzelnen zu schildern, wir entbehren zu sein glauben. Hatte die Aufstellung der Forderung eines Mietsnachlasses bei Bewilligung von Mietsunterstützungen bei Beginn des Krieges, dem nach allgemeiner Ansicht eine Dauer von nur einigen Monaten vorausgesetzt war, eine gewisse Berechtigung, und konnte der Berliner Hausbesitz in den ersten Monaten des Krieges dieser Forderung unter Zuhilfenahme seiner Reservemittel im allgemeinen auch nachkommen, so ist nach einer Kriegsdauer von mehr als 26 Monaten ein Verlangen auf Nachlaß von Mietsunterstützung nicht mehr berechtigt und andererseits auch unerfüllbar. So dankenswert daher auch das neuerliche Vorgehen einiger Mietsunterstützungskommissionen ist, in einzelnen Fällen einen Nachlaß von nur 10 Prozent zu fordern, der wirtschaftlich schwer leidende Hausbesitz ist auch zur Erfüllung dieser Forderung nicht imstande.

So wenig die schlechte Lage mancher Hausbesitzer verkannt werden soll, so bedeutet ein Entgegenkommen auf die Eingabe der Hausbesitzer, von der Forderung eines Mietsnachlasses bei Mietsunterstützung durch die Stadt absehen zu wollen, eine Verächtlichkeit der Lage der Kriegerfrauen. Der Magistrat kann den Hausbesitzern nur entgegenkommen, wenn er die Mietsunterstützung erhöht.

Kartoffeln von der Bahn holen.

Der Magistrat Berlin bittet und darauf hinzuweisen, daß von heute, den 8. November, ab alle Selbstversorger, die im Besitz von Bezugscheinen für die Winterversorgung mit Kartoffeln sind und ihre Kartoffeln in eigenen Säcken und mit eigenem Fuhrwerk vom Bahnhof abholen wollen, ihre Kartoffeln in der Zeit von 10 bis 8 Uhr von den drei Bahnhöfen: Nordbahnhof (Eingang Bernauer Straße, Ecke Schwedter Straße), Südbahnhof (Eingang Prudwitz, 12/18) und Hamburg-Lehrter Güterbahnhof (Eingang Feldstraße an der Eisenbahnüberführung) abholen können. Die Beschränkung, daß in der laufenden Woche nur diejenigen Personen zugelassen sind, deren Nummern mit den Buchstaben A—D beginnt, wird also vorläufig aufgehoben.

Kleinhandelspreise für frische Seefische bester Qualität für Mittwoch, den 8. November 1916.

Schellfische, klein (bis 3/4 Pfund) 1,90 M., mittel (von 3/4 bis 1 Pfund) 2,20 M., großmittel (von 1 bis 1 1/2 Pfund) 2,80 M., große (von 1 1/2 Pfund und mehr) 2,50 M.; Kabeljau, klein (bis 1 1/2 Pfund) 1,50 M., mittel (von 1 1/2 bis 4 Pfund) 1,95 M., große (von 4 Pfund und mehr) 2,15 M., ohne Kopf (im Ausschnitt) 2,90 M.; Schollen, kleine (bis zu 1/2 Pfund) 1,25 M. (Zufuhr knapp).

Gegen „eine praktische Hausfrau“ wendet sich der Berliner Magistrat in nachfolgender Weise: In einer hiesigen Zeitung macht „eine praktische Hausfrau“ den Vorschlag, den Müll, namentlich die Wischtische dadurch zu beseitigen, daß man sie in den Klosetttrichter schüttert und fortspült. Gegen einen solchen Vorschlag muß auf das allerentschiedenste Stellung genommen werden. Der Müll würde sich in den Grundleitungen des Hauses oder den Straßeneleitungen ablagern und hier Verstopfungen verursachen oder fördern. Die Befolgung eines derart unverständigen Rates würde unabsehbare Folgen und schwere Schädigungen nach sich ziehen. Die Polizeiverordnung vom 26. Oktober 1910 über Herstellung und Verreiben von Grundflüchtentwässerung bestimmt in § 2 auch ausdrücklich, daß feste Stoffe wie Küchenabfälle, Müll, Schrott, Sand, Asche und dergleichen in die Entwässerungsleitungen zu schütten, verboten ist. Zuwiderhandlungen werden nach der erwähnten Polizeiverordnung bestraft.

Ein Kind von der Straßenbahn totgefahren. Ein Straßenbahnunfall mit tödlichem Ausgang hat sich gestern Abend in Reinickendorf zugetragen. Vor dem eierlichen Wohnhaus in der Hauptstraße 62 wurde das fünf Jahre alte Mädchen Frida Schulte von einem Straßenbahnwagen der Linie 41 überfahren. Das Kind geriet mit dem ganzen Körper unter den Wagen und trug so schwere innere und äußere Verletzungen davon, daß es tot hervorgezogen wurde.

Ebenfalls überfahren und getötet wurde gestern Mittag der 9 Jahre alte Sohn Franz des Goldarbeiters Franke aus der Reuterstr. 5 zu Neukölln. Der Knabe spielte mit mehreren anderen in der Vergstraße vor dem Hause Nr. 2. Als dort zwei zusammengeklüppelte Hohnwagen vorbeifahren, fletterten drei Knaben auf die Deichselstange des angehängten Wagens, ohne daß der Autofahrer es merkte. Bei einem Ausfiel Franke herunter. Das linke Hinterrad des Wagens ging ihm über den Kopf. Der Verunglückte starb auf der Stelle an einem Schädelbruch. Seine Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht.

Ein dritter schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich gestern Vormittag in der Kantstraße in Charlottenburg. Vor dem Hause Nr. 150 wurde das Fräulein Eva Vocka aus der Klandstraße 194 beim Uebersteigen des Fahrwagens von einem Straßenbahnwagen der Linie 81 erfasst und zur Seite geschleudert. Die Verunglückte zog sich bei dem Sturz einen Bruch des linken Handgelenkes und eine schwere Gehirnerschütterung zu, so daß sie in bedenklichem Zustande in das Krankenhaus Westend eingeliefert werden mußte.

Am nichts sein Leben verloren hat der 33 Jahre alte frühere Artill Joseph Franke aus der Seidower Straße 12 zu Neukölln. Franke half vorgestern den 40 Jahre alten Kutcher Max Hohned aus der Dollmannstraße 12 auf dem Hofe der Möbelfabrik von Pfaff am Rappachufer 48—51 beim Aufladen. Beide stante dabei auf einem Plattenwagen und gerieten wegen des Anbremsens des Wagens in einen Wortwechsel. Plötzlich packte Hohned Franke an der Brust. Dieser fiel rüchlings vom Wagen und schlug so heftig mit dem Kopf

auf, daß er wie tot liegen blieb. Er lebte aber noch, wurde im Krankenhaus verbunden und dann nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. Hier stellte man fest, daß er einen Bruch der Wirbelsäule erlitten hatte. Gestern starb der Verunglückte. Hohned wurde daraufhin wegen fahrlässiger Tötung verhaftet.

Ein dreier Fahrwerksdiebstahl ist gestern in Charlottenburg verübt worden. Ein Autofahrer von der Firma Ruhe aus der Wilmersdorfer Straße hielt mit einem mit zwei kleinen gelben Pferden bespannten Geschäftswagen vor dem Hause Berliner Straße 10. Während er sich auf kurze Zeit in das Haus begeben hatte, um dort Waren abzuliefern, bestieg ein junger Mann den Autschob und fuhr davon. Bisher konnte der dreier Dieb nicht ermittelt werden. Auch Pferd und Wagen, die einen Wert von über 3000 Mark haben, konnten noch nicht wieder aufgefunden werden.

Ein großes Schadensfeuer wütete am Montag in Köpenick. In der dortigen Kautschuk- und Gummifabrik war abends nach Betriebs-schluss auf bisher noch nicht aufgeklärte Weise in einem Lagerraum Feuer ausgebrochen, das außerordentlich schnell um sich griff, da auch mehrere Tanks mit Benzin von den Flammen ergriffen wurden und mit gewaltigem Knall explodierten. Der Brand erfasste mehrere andere Fabrikgebäude, die vollständig ausbrannten. Die Feuerwehren von Köpenick und den umliegenden Ortschaften waren zwar bald zur Stelle, vermochten aber gegen das verheerende Element nur wenig auszurichten. Die Wehren mußten sich vielmehr darauf beschränken, die übrigen Bauwerke gegen ein Uebergreifen der Flammen zu schützen, was denn auch noch angestrebter Tätigkeit gelang. Der angerichtete Schaden ist erheblich. Ueber die Ursache der Entstehung des Feuers hat sich bisher noch nichts Genaueres feststellen lassen.

Eine Liebestragödie hat sich gestern in einem Hotel in der Chausseestraße abgespielt. Dort stiegen vorgestern der 24 Jahre alte Garde-Grenadier Alfred Hoffmann aus Potsdam und die 23 Jahre alte Verkäuferin Marga Welzer, die ebenfalls in Potsdam wohnte, in einem gemeinsamen Zimmer ab. Sie ließen bis gestern Nachmittag nichts von sich hören. Als daraufhin der Wirt sich nach ihnen umfah, fand er die Tür von innen verschlossen und mußte mit Gewalt öffnen lassen. Die Gäste lagen beide entsleibet und tot in den Betten. Der Grenadier hatte ohne Zweifel seine Geliebte, wahrscheinlich mit deren Einverständnis, und dann sich selbst erschossen. Die Leichen wurden nach Aufnahme des Beschlusses beschlagnahmt, die des jungen Mannes nach dem Garnison-lazarett in der Scharnhorststraße und die des jungen Mädchens nach dem Schauhause gebracht. Was das Paar in den Tod getrieben hat, weiß man nicht. Vermutlich war es die bevorstehende Trennung.

Kleine Nachrichten. Ein kostspieliges Abenteuer hatte ein Kaufmann aus dem Zentrum der Stadt. Er lernte ein junges Mädchen kennen, das ihm den langen Abend verfrachten half. Nach dem Besuch mehrerer Lokale sah sich der Kaufmann allein. Mit dem Mädchen war auch eine kostbare Brillantkette verschwunden, die einen Wert von 3500 M. hat. — An den verkehrsreichsten Stellen der Stadt wurden wieder Einbrüche verübt, wobei große Warenbestände gestohlen wurden. Ein in der Eisenerstraße wohnender, von einer Reihe zurückkehrender Handelsmann begegnete auf der Straße zufällig Einbrechern, die bei ihm eingebrochen hatten, denn der eine trug den Ueberzieher des Gestohlenen. Die Einbrecher wurden verhaftet. — Festgenommen wurden gestern zwei Fahrwerksdiebe in dem Augenblick, als sie einem Koffschlächter ein kurz vorher gestohlenes Pferd zum Kaufe anboten.

Aus den Gemeinden.

Städtischer Fischverkauf in Potsdam. In den städtischen Lebensmittelverkaufsstellen in der Türckstraße, Kurfürstentrasse, Alte Königsstraße und Alte Luisenstraße gelangen prima lebendischer Kabeljau zum Preise von 1,40 M. und prima lebendischer Schellfisch ebenfalls für 1,40 M. zum pfund- oder stückweisen Verkauf.

Aus aller Welt.

Aufgeklärtes Verbrechen. Vor einigen Tagen wurde die verwitwete Rentnerin Emilie Krüger in Gahnau (Schlesien) in ihrem Schlafzimmer ermordet aufgefunden. Jetzt gestand ihr vierzehnjähriges Dienstmädchen namens Margarete Gänzel, ihre Herrin aus Mache für Mithandlung mit einer Wt nachts erschlagen zu haben.

Wie gehandelt wird. Einer umfangreichen Kammeret von Lebensmitteln ist die Polizei in Bromberg auf die Spur gekommen. Um dem geschwindigen Zurückhalten von Waren und dem übermäßigen Einkassieren von Lebensmitteln vorzubeugen, läßt die Bromberger Polizeiverwaltung jetzt unvermutete Revisionen vornehmen. Sei einem Händler in der Stadt wurden bei dieser Gelegenheit 60 Zentner Zwiebeln, die zur Erhöhung des Preises zurückgehalten worden waren, beschlagnahmt. Ferner wurden in einem Privathaushalt über 60 Pfund Sülze, 151 Pfund Herbelawurst, 80 Pfund Schweinefleisch und 75 Pfund Amdfleisch beschlagnahmt, also über 8 1/2 Zentner Fleischwaren. Damit ist es keine Kunst durchzuführen.

Von einem Eisenbahnzug überfahren und getötet wurde in der Nacht zum Montag in der Nähe von Eberswalde der in dieser Stadt wohnhafte 18 Jahre alte Willi Lohse. Der junge Mann wollte das Gleise überqueren, überließ das Herannahen eines Fernzuges und wurde von der Maschine erfasst, die ihn zermalmete.

Eine griechische Zeitung in Görtz. Ein Görtzter Blatt gibt für die Griechen in Görtz eine besondere griechische Ausgabe heraus, die den Namen „Nea tou Görtz“, Helleniko Ekdosso, trägt.

Bestrafte Steuerhinterzieher. Die Strafkammer in Siefeld verurteilte die Fabrikanten Wilhelm und August Blase aus Lübbede wegen Tabaksteuerhinterziehung zu der höchst zulässigen Geldstrafe von je 10 000 Mark oder zwei Jahren Haft. Beide haben im Jahre 1909 große Mengen von Auslandstabak der Nachbesteuerung entzogen.

Sturmshäden in England. Das „Allgemeine Handelsblad“ meldet aus London, daß aus verschiedenen Gegenden Englands Berichte über schwere Stürme, die bedeutenden Schaden angerichtet haben, eintreffen.

Parteiveranstaltungen.

Zweiter Wahlkreis (III. Abteilung, Friedrichstadt) Wahlabend: Mittwoch, den 8. Nov., bei Rathmann, Wilhelmstr. 118. — Wahlmorgen: Donnerstag, den 9. November, bei Krüger, Reussaler Str. 63.

Sozialdemokratischer Wahlverein für Teltow-Beeskow. Ortsverein Neukölln. Unsere Wahlende finden am Mittwoch, den 8. November, abends 8 1/2 Uhr, in folgenden Lokalen statt: 1.—4. Bezirk bei Schulz, Reuterstr. 47, Ecke Renauststraße 5, und 6. Bezirk bei Schütler, Weichselstr. 5, Ecke Renauststraße 7—9. Bezirk bei Rob. Iden, Bobbitzstraße 58, Ecke Marktstraße 11. Bezirk im Turnerbau, Köpenicker Str. 13, 10 und 12. Bezirk bei Kutusch, Wippertstr. 1, 13 und 14. Bezirk bei Hgmann, Herrmannstr. 156, Ecke Eisenstraße 15.—17. Bezirk bei Job. Gentel, Herrmannstr. 178, Ecke Thomasstraße, 12.—20. Bezirk bei Ed

